Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Diamantzeile 60 Pfg., bei lokalen Anzeigen 40 Pfg. Reklamezeile 2.00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubels, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der ausliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 5.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 48 (1. Blatt) Sonnabend, den 26. Februar 1921 49. Jahrgang

Reichstag.

(Sitzung vom 25. Februar.)

Auf Anfrage des Abg. Dr. Semmler (D.-natl.) wird erklärt, daß der Regierung bekannt ist, daß deutsche Düngemittel nach dem Ausland, besonders nach Holland verschoben werden. Gegenmaßnahmen sind getroffen und haben schon Erfolg gehabt. — Abg. Mumm (D.-natl.) weist darauf hin, daß er schon in drei Anfragen Auskunft erbeten habe, was gegen den Regierungspräsidenten geschehen sei, der widerrechtlich Haussuchungen im Siegerlande bei Führern der Rechtsparteien veranlaßt habe. Ein Regierungsvertreter teilt mit, daß ein Bericht des Regierungspräsidenten immer noch nicht vorliege und daß die Reichsregierung kein Mittel in der Hand hat, auf eine Beschleunigung der Antwort hinzuwirken. Abg. Mumm (D.-natl.): Es gibt wohl keinen zweiten Fall, in dem ein Ministerium sich so bloßgestellt und seine moralische Pflicht derartig versäumt hat.

Das Haus setzt sodann die Beratung des Haushalts des Arbeitsministeriums fort. Abg. Malzahn (Komm.) betont, der Minister habe sich als ein gefügiges Werkzeug der Kapitalisten erwiesen. Die Löhne stehen in keinem Verhältnis zu den Nebengewinnen der Unternehmer, die im Februar das 25fache des Friedensbetrages brachten. Die Regierung unternimmt im Bunde mit den Unternehmern eine Generaloffensive gegen den Achtstundentag. Gegen die Schlichtungsausschüsse haben die Arbeitnehmer das größte Mißtrauen. — Abg. Frau Kohler (Soz.) empfiehlt einen Antrag aller Parteien auf schleunige Einbringung eines Notgesetzes zur Regelung der rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Hausangestellten. — Abg. Lambach (D.-natl.) empfiehlt eine Entschließung seiner Fraktion auf Vorlage eines Gesetzentwurfes, der die Kapitalbeteiligung der Arbeiter und Angestellten in den dazu geeigneten Betrieben gewährleistet. — Arbeitsminister Dr. Brauns: Es ist falsch, wenn man unsere Sozialgesetzgebung, vor allem das Versorgungsgesetz und die Schlichtungsordnung, als Flickwerk bezeichnet. Die vom Völkerbund aufgestellten internationalen Arbeiterschutz-Bestimmungen sind in Deutschland fast durchgeführt. Solange unter dem Druck der Entente unsere Wirtschaftslage so unsicher wie bisher ist, werden wir freilich über ein gewisses Flickwerk nicht hinauskommen. Während einerseits immer neue Gesetze verlangt werden, schimpft man andererseits über die Berliner saloppe Gesetzgebung. Man kann es eben nicht allen recht machen. Zu der Regelung des Arbeitsverhältnisses der Hausangestellten wird bereits eine Vorlage ausgearbeitet, die im März den Interessenten zugehen soll. Der Antrag Hergt auf Gewinnbeteiligung der Arbeiter läßt klare Ziele vermissen. Ich gebe aber zu, daß eine Gewinnbeteiligung auch in der Landwirtschaft sehr wohl möglich ist.

Abg. Geisler (D. Vp.): Der Antrag Hergt ist tatsächlich nicht klar genug gefaßt. Der Grundgedanke der Gewinnbeteiligung der Arbeiter ist aber berechtigt, besonders bei den Aktiengesellschaften. Dadurch sollen die Kleinaktien nicht vernachlässigt werden. Der Vorwurf, daß durch Kleinaktien der Spielwut der Arbeiter Vorschub geleistet werde, trifft nicht zu. Der Arbeiter ist schon der Spielwut verfallen, wie ein Blick auf die Rennplätze zeigt. (Protest links. — Abg. Frau Böhm (D.-N.): Es freut uns, daß Hausangestellte und Hausgewerbetreibende wieder in die Versicherung aufgenommen werden und daß das Heimarbeitergesetz nun endlich kommen soll. Den Arbeitgebern, die sich absolut nicht belehren lassen, namentlich den Blusenkonfektionären in Berlin, muß beigebracht werden, daß wir ohne Tarifverträge auch in der Heimarbeiterfrage nicht auskommen. — Abg. Erkelenz (Str.): Der Antrag Hergt läuft im wesentlichen darauf hinaus, Staatsgenossenschaften zu gründen. Die Frage selbst ist so außerordentlich schwierig, und ihre gesetzliche Regelung würde eine so tiefgehende Bewegung in der Arbeiterschaft auslösen, daß die Antragsteller doch davon abstehen sollten, eine alsbaldige Regelung dieser Frage zu fordern. Es ist ein starkes Stück, wenn in einer Zeit, wo ein großer Teil der Industriearbeiter nicht weiß, wo er das Geld hernehmen soll, um seinen Kindern Brot zu kaufen, hier schlankweg behauptet wird, in Arbeiterkreisen habe die Spielwut einen großen Umfang angenommen, die Arbeiter gingen auf die Rennplätze und verspielten ihren ganzen Wochenlohn. Die Lohnfrage ist hochbedeutsam. Löhne, die einem ledigen Arbeiter vielleicht ein einigermaßen annehmbares Auskommen sichern, sind für verheiratete Arbeiter mit Familien nicht ausreichend. Daher ist es erklärlich, daß der Gedanke des Familienlohnes in der Arbeiterschaft immer weiter um sich greift. Natürlich kann man den Arbeitgeber nicht einfach zwingen wollen, Arbeitern mit Kindern höhere Löhne zu zahlen, das würde nur dazu führen, daß der verheiratete Arbeiter bei der ersten Gelegenheit abgeschoben werden würde. Man wird deshalb versuchen müssen, die Frage auf berufstätiger Grundlage zu regeln. — Abg. Frau Hegler (U.): Der Klassenkampf wird erst nach dem Siege des Sozialismus beendet sein. Die Heimarbeit muß überhaupt abgeschafft werden. — Abg. Schirmeisterning (D.-N.) verlangt, daß die Arbeitnehmergruppe des Landbundes als parität isch anerkannt wird. Die Arbeitnehmergruppe ist eine selbständige Organisation. Allerdings ist sie wirtschaftsfriedlich. — Abg. Karsten (U.): Die Leute im Landbund sind nicht sachverständig genug dazu. — Vizepräsident Dr. Bell erteilt dem Redner nachträglich eine Rüge, weil er dem Abg. Geisler vorgeworfen hat, er werde für seine Rede von den Kapitalisten bezahlt. — Abg. Maltzahn (Komm.): Herr Geisler: Es gehört eine besondere Moral dazu, seine Arbeitsgenossen zu verleumden. Der Redner erhält einen Ordnungsruf.

In der Einzelbesprechung teilt auf Anfrage des Abg. Hoch (Soz.) Staatssekretär Geib mit, die Einführung des Markensystems anstelle der Konten in der Reichsversicherung ist beabsichtigt. Die rückständigen Anträge werden ausgearbeitet. Die Untersuchung über Unregelmäßigkeiten im Reichsversicherungsamt ist noch nicht abgeschlossen.

Damit schließt die Aussprache. Die Anträge des Ausschusses werden angenommen, ebenso der Antrag aller Parteien auf schleunige Vorlegung des Hausangestelltengesetzes, ebenso der unabhängige Antrag auf Vorlegung eines Urlaubsgesetzes, die sozialdemokratischen Anträge auf Erhöhung der Reichs-Wochenhilfe und Wiederverwendung des entlassenen Lazarettpersonals. Gegen die Stimmen der Rechtsparteien wird die Entschließung Hergt (D.-N.) abgelehnt, die ein Gesetz auf Kapital- und Gewinnbeteiligung der Arbeiter fordert. Das Gesetz über die neue Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes in der Unfallversicherung geht an den Ausschuß.

Der Haushalt des Reichsverkehrsministeriums wird ohne Debatte dem Hauptausschuß überwiesen. — Abg. Dr. Rosenfeld (U.) beantragt, am Sonnabend zunächst den Etat des Innern auf die Tagesordnung zu setzen, da die Auflösung der bayrischen Einwohnerwehren dringlich sei. Abg. Adolf Hoffmann schließt sich dem Antrag an. Der Antrag wird abgelehnt.

Sonnabend: Notetat, 2. Beratung des Haushaltes des Reichspräsidenten und des Finanzministeriums.

Reichswirtschaftsrat.

Das Haus berät über einen Antrag betr. die Steuerfreiheit des Existenzminimums. Dr. Gormann empfiehlt den Antrag des finanzpolitischen Ausschusses. Die im § 10 des Einkommensteuergesetzes vorgesehene Steuerfreiheit des Existenzminimums ist durch § 30 des Landessteuergesetzes praktisch aufgehoben. Diese Art der Gesetzgebung stellt eine Irreführung des Volkes dar. Es ist unbedingt erforderlich, da die Gemeinden auf diese Einnahmen nicht verzichten können, daß das Reich die Besteuerung nach einheitlichen Grundsätzen regelt. Der Antrag wird, nachdem sich auch Oberbürgermeister Tityoff zustimmend dazu geäußert hat, einstimmig angenommen. — Es folgt der Antrag des finanzpolitischen Ausschusses für den Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Einkommensteuergesetzes vom 20. März 1920. Chefredakteur Georg Bernhardt begründet den Antrag, in dem empfohlen wird, bei der Erhebung der Steuern für 1920 das Einkommen aus dem Jahre 1919 zugrunde zu legen. Bei der Erhebung der Steuern für 1920 soll aus sozialen Gründen für Lohn- und Gehaltsempfänger jeder Art die Steuer für 1920 mit den erfolgten Lohnabzügen abgegolten sein und die Einziehung der Steuern für das 1. Vierteljahr 1920 unterbleiben, soweit durch die Gehaltsempfänger ein Einkommen bis zu 24 000 Mark versteuert würde und soweit sie den Steuerabzug für die letzten drei Vierteljahre des Steuerjahres ordnungsgemäß nachbezahlen. Der Antrag wird angenommen. Ein Antrag v. Richthofen betr. die steuerliche Heranziehung der indirekt durch den Krieg betroffenen Gebiete wird nach kurzer Besprechung mit Stimmengleichheit abgelehnt. Ein von allen Gruppen unterstützter Antrag des Abg. Dr. Stegemann, wonach der Reichswirtschaftsrat einen Ausschuß für die Heranbildung wirtschaftlicher Kräfte einsetzen soll, wird angenommen. Eine Interpellation über die Einführung des Achtstundentages im Baugewerbe wird nach lebhafter Geschäftsordnungsdebatte, in der besonders darüber Beschwerde geführt wird, daß die Regierung zur Beantwortung nicht bereit ist, auf Sonnabend vertagt. Außerdem Mietgesetz.

Einverständnis der Sachverständigen mit den Gegenvorschlägen.

(TU) Offiziell wird mitgeteilt: Die unter dem Vorsitz des Reichsministers des Aeußern abgehaltene Schlußberatung der Sachverständigen aus allen Wirtschaftsgebieten kam zu dem endgültigen Ergebnis, daß die Annahme der Pariser Forderungen aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen unmöglich sei und daß jeder Versuch, eine Lösung auf Grundlage der Pariser Beschlüsse zu finden, zu einem Zusammenbruch der Weltwirtschaft führen müsse. Eine von den Sachverständigen gutgeheißene Denkschrift weist die Unmöglichkeit im einzelnen nach. Die Sachverständigen erklärten sich mit dem Standpunkt der Reichsregierung in den zu machenden festen Gegenvorschlägen, die bis an die Grenze der deutschen Leistungsfähigkeit gehen, einstimmig einverstanden.

(TU) Gestern nachmittag hat unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten Ebert eine Sitzung des Reichskabinetts stattgefunden, in der Dr. Simons die unter seiner Leitung ausgearbeiteten deutschen Gegenvorschläge mitteilte. Es wurde über die endgültige Formulierung der Vorschläge Beschluß gefaßt. Der Sitzung wohnten die nächsten Mitarbeiter des Reichsministers bei, die ihn nach London begleiten werden.

Die Bewertung der bereits gelieferten Sachleistungen.

Der „Temps" behandelt in einem Leitaufsatz wiederum die Frage der Bewertung der von Deutschland bis heute abgelieferten Entschädigungen in Gestalt von Sachleistungen. Deutschland bewerte diese Lieferungen auf 21 Milliarden Goldmark, die Verbündeten aber hielten sich an ihre Schätzungen und erklärten, sie hätten nur Werte im Betrag von 8½ Milliarden Goldmark erhalten. Ein Fall interessiert das Blatt hauptsächlich: Die Berechnung der deutschen Handelsmarine. Es liefert hierfür einige Angaben, die bis jetzt in der Oeffentlichkeit noch nicht bekannt geworden sind. Deutschland habe 1 814 000 Tonnen Schiffsraum abgeliefert; davon habe England erhalten 1 458 000 Tonnen, Frankreich 167 000 Tonnen, Italien 125 000 Tonnen. Am 16. Juli sei in Spaa ein Abkommen angenommen worden, das bestimme, daß der Betrag, der für den Verkauf der deutschen Schiffe in England einkomme, vor dem 1. Mai 1921 auf das Konto der Wiederherstellung verrechnet werde. Die Verkäufe seien in einer wirtschaftlichen Krise erfolgt und hätten deshalb einen Mindererertrag ergeben. Während der Konferenz von Spaa hätte man die Tonne Schiffsraum mit 36 Pfund Sterling berechnen können, obzwar auch dieser Preis noch um ein Drittel oder um die Hälfte geringer gewesen sei als der, den man vorher hätte erzielen können. Heute spreche man von 17 Pfund Sterling die Tonne. Der „Temps" vertritt also die Ansicht, daß England ein sehr gutes Geschäft gemacht habe, freilich hätten Frankreich und Italien in gleicher Weise von dieser Verrechnungsmethode Nutzen gezogen. Noch eine weitere Maßnahme gefällt dem Blatt nicht. Anstatt England die erzielten Frachtsätze anzurechnen, die vom Tage des Inkrafttretens des Versailler Vertrags hätten laufen müssen, sei in Spaa bestimmt worden, daß nur 5 v. H. Zinsen bis zum 1. Mai 1921 berechnet werden dürften. Durch diese Berechnungsart sei Deutschlands Schuld herabgemindert worden. Der Temps stellt die Frage, ob die Verbündeten berechtigt gewesen seien, den Friedensvertrag abzuändern. Sie hätten eine Abschätzungsmethode angenommen, sich also ein Recht angemaßt, das ihnen der Vertrag nicht zuerkenne. Wenn Deutschland mit allen Verbündeten, die den Friedensvertrag unterzeichnet hätten, über diese Methode einig geworden wäre, dann hätte es sich um eine Abänderung des Vertrags gehandelt, die das französische Parlament hätte gutheißen müssen. Die deutsche Regierung erkläre, der Wert der von ihr gelieferten Schiffe belaufe sich auf sieben Milliarden Goldmark, nach dem System von Spaa käme man nur zu einer halben Milliarde. Wie der Temps sagt, hat der Wiederherstellungsausschuß sich geweigert, die Berechnungen in diesem Sinne vorzunehmen; das sei eine gerechte Entscheidung.

Die Deutschnationalen und Demokraten zur Regierungsbildung.

Gestern hat sich der Hauptvorstand der Reichstagsfraktion und der Landtagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei in gemeinsamer Sitzung mit der Anregung der Deutschen Volkspartei befaßt, die Verhandlungen über die neue Kabinettsbildung bis nach den Verhandlungen in London zu verschieben. Es wurde einstimmig beschlossen, daß die Deutsche Volkspartei den alsbaldigen Eintritt in Besprechungen vorschlägt, weil sie die in der bevorstehenden Londoner Konferenz liegende Gefahr für so unmittelbar drohend ansieht, daß die zu treffenden Vorkehrungen für die angestrebte nationale Einheitsfront nicht länger aufgeschoben werden können. Die Reichstagsfraktion der Deutsch-demokratischen Partei beschloß, dem „B. T." zufolge, bei der Regierungsbildung dem Grundsatz der Homogenität zwischen den Regierungen im Reiche und in Preußen zuzustimmen.

Ein neuer achteinhalb Milliardenkredit.

(TU) Eine Kreditermächtigung in Höhe von 8500 Millionen Mark wird der Reichsfinanzminister zur vorläufigen Regelung des Reichshaushaltes für 1920 fordern und zwar soll zur Bestreitung einmaliger Ausgaben ein Kredit von 2500 Millionen Mark flüssig gemacht werden. Für die Ausführung des Friedensvertrages verlangt der Minister einen neuen Kredit von 6000 Millionen Mark. Diese Summe ist der Rest von 25 Milliarden Mark, die im Entwurf des Reichshaushaltes für 1920 vorgesehen und von dem bisher 19 Milliarden bewilligt worden waren. Mit einem Gesamtüberschuß von rund 549 Millionen Mark schließt der Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums für 1921 ab. Unter den Einnahmen stehen nahezu 400 Millionen Mark, die durch Ausfuhrabgaben auf Kohlen, Holz und Salz eingehen sollen. Aus den Einnahmen aus der Erhöhung des Kohlenpreises, die zur Verbilligung von Lebensmitteln für Ueberschichten verfahrende Bergarbeiter verwendet werden müssen, werden über 250 Millionen Mark erwartet.

Günstiges Steuerergebnis in Deutschland.

Nach einer Pressemeldung über Voranschlag und Einnahmen im Reichshaushalt haben für die neun Monate vom 1. April bis Ende Dezember beim Reichsnotopfer und bei einer Reihe anderer Einnahmezweige die Einnahmen den Voranschlag für das ganze Jahr bereits überschritten. Dem Voranschlag gleich sind die Einnahmen der Kohlensteuer, Biersteuer, Schaumweinsteuer und anderer indirekter Steuern. Rückständig sind u. a. die Einkommensteuer, Kapitalertragssteuer, Umsatzsteuer und die Zölle. Die letzten drei Monate dürften aber wachsende Erträge bringen, so daß der Abstand der Einnahmen von dem Voranschlagaufkommen, der Ende Dezember 15 Milliarden betrug, nicht nur durch die Einnahmen der Monate Januar bis März, sondern auch durch Mehreinnahmen, besonders bei den direkten Steuern wesentlich verringert werde.

Die Einkommensteuernovelle im Ausschuß.

Der Steuerausschuß hielt eine Aussprache darüber, wie die Beratung der Novelle zum Einkommensteuergesetz zu einem raschen Ende gebracht werden könne. Die Redner aller Parteien äußerten sich im Sinne einer Verständigung mit der Regierung, damit das Gesetz vor Ostern erledigt werden könne. Staatssekretär Zapf hielt eine Verständigung zwischen Reichstag und Regierung für den einzigen Weg, um hinsichtlich der Einkommensteuer rasch zum Ziele zu kommen. Die Verständigung solle sich erstrecken auf den Umbau des Tarifs, über den Veranlagungs- und Erhebungszeitraum. Es sei dieserhalb auch mit den Vertretern der Länder bezw. dem Reichsrat in Verbindung getreten worden. Die Gestaltung des Gesetzes müsse so sein, daß bei der Ausführung keine Schwierigkeiten entständen. Ein sachverständiger Beirat beim Finanzministerium habe seine Beratungen bereits aufgenommen. Die Frage, ob die Lohnsteuer bis zum Einkommen von 20 000 Mark oder bis zu 24 000 Mark erhoben werden solle, sei noch offen. Die beschleunigte Erhebung der Körperschaftssteuer soll der Reichstag durch baldige Verabschiedung der diesbezüglichen Novelle ermöglichen. Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte vertagte sich der Ausschuß bis nächsten Dienstag. In der Zwischenzeit soll die Verständigung über die Steuersachen zwischen Regierung und Parteien ermöglicht werden.

Austritt Adolf Hoffmanns, Däumigs und der Zetkin aus der K. P. D.

(TU) Der „Vorwärts" gibt eine Notiz wieder, welche die „Rote Fahne" an ganz versteckter Stelle und in kleiner Schrift gebracht hatte, mit folgendem Wortlaut: Der Zentralausschuß der Partei hat vom 22. bis 24. Februar in Berlin getagt. Gegenstand der Beratung waren die Lösung des Bündnisses mit Sowjetrußland, das Verhältnis der Internationale der K. P. D., die Frage der italienischen Parteispaltung, die Organisation des Exekutivkomitees der Kommunisten, die Fälle Thomas und Graf-München. Die Entscheidung des Zentralausschusses in der Frage der italienischen Parteispaltung glaubten 5 Mitglieder der Zentrale wegen der von ihnen angenommenen Rückwirkung auf die zukünftige Entwicklung der deutschen Partei mit einem weiteren Verbleiben in der Parteileitung nicht vereinbaren zu können. Es sind mit dieser Begründung aus der Zentrale der V. K. P. D. folgende Genossen ausgeschieden: die beiden Vorsitzenden Däumig und Levi, die Sekretäre Zetkin und Braß sowie der Beisitzer Adolf Hoffmann. Der Zentralausschuß nahm Ersatzwahlen vor. Als Vorsitzende wurden gewählt: Brandler und Stöcker, als Sekretäre Böttcher und Ernst Meyer, als Beisitzer Wegmann und Sievers-Berlin. Der „Vorwärts" schreibt dazu: Der Rücktritt Levis bedeutet nichts anderes, als daß sein unterwürfiges Schreiben an den geheimnisvollen Bevollmächtigten der Moskauer in Deutschland Erfolg gehabt hat, insofern, als man ihm klar zu verstehen gegeben hat, daß er von der Leitung zu verschwinden habe. Mit ihm gehen Däumig, Zetkin und Adolf Hoffmann. Kleinere Größen kommen ans Ruder. Die eben erst entstandene V. K. P. D. wird bald in eine unvereinigte K. P. D. umgeändert sein.

Escherich gibt nicht nach.

Die Allgäuer Einwohnerwehren hatten sich in großen Scharen in Kempten (Allgäu) versammelt zu einer Protestkundgebung gegen die Auflösung der Einwohnerwehren. Der bayrische Ministerpräsident Dr. v. Kahr sandte ein Begrüßungstelegramm. Stürmisch begrüßt, hielt der bayerische Landeshauptmann der bayerischen Einwohnerwehren, Escherich, eine Rede, die man in Hinsicht auf die bevorstehenden Londoner Verhandlungen als recht unvorsichtig und herausfordernd bezeichnen kann. Er führte aus, daß die bayerische Einwohnerwehr, welche Hunderttausende von entschlossenen Männern umfasse, die nicht mehr gewillt seien, sich unterkriegen zu lassen, in gleicher Weise beneidet und gehaßt werde. Escherich, welcher die Grüße und die Sympathie des bayerischen Ministerpräsidenten überbrachte, führte weiter aus, daß er niemals der bloßen Gewalt weichen werde oder aber die Wehrleute entzögen ihm ihr Vertrauen. (Zurufe: „Niemals!" Stürmischer Beifall.) Wer anderer Gesinnung ist, möge sich trennen. Von den übrigen aber verlange er, daß sie sich noch fester um ihn schlössen in den schweren Stunden, die noch kommen werden. Die Einwohnerwehren seien eine Notwendigkeit. Niemals dürften sie aufgelöst werden und niemand auf der ganzen Welt kann sie uns verbieten. Diese Einrichtung brauchen wir, solange der Staat nicht in der Lage ist, Ruhe, Freiheit und Ordnung zu schützen." Redner schloß mit den vier Leitgedanken: Sicherung der Verfassung, Erhaltung des deutschen Reiches und Ablehnung angeblicher Abtrennungsbestrebungen, Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung und Abwehr jeden Rechts- und Linksputsches.

Westfalen und Rheinland.

** **Kamen. (Knappschaftliches.)** Die Auszahlungstermine der Krankengelder, Alters-, Invaliden-, Berginvaliden-, Witwen- und Kinder-Rente für den Monat März 1921 sind:

Zahlbezirk	Zahllokal	Zahltag März	Beginn der Auszahlung für Witwen und Waisen	für Berginvaliden, Reichs- und Zusatzrentner
Bergkamen I	Schürmann	8	2 Uhr	2½ Uhr
Bergkamen II	Ostermann	9	2 „	2½ „
Heeren . .	Maaß	8	2 „	2½ „
Kaiserau . .	Schulz	9	2 „	2½ „
Kamen I .	Dröge	4	2½ „	3 „
Kamen II .	Nagel	5	2½ „	3 „
Kurl . . .	Lünenbürger	7	2 „	2½ „
Lünern . .	Stoltefuß	3	3 „	3¼ „
Methler . .	Budde	7	2 „	2½ „
Niedermassen	Cromberg	2	2½ „	3 „
Obermassen	Middendorf	1	2½ „	3 „
Rünthe . .	Schulte	5	2½ „	3 „
Unna I . .	Wittler	1	3 „	3½ „
Unna II	Nowack	2	2½ „	3 „
Unna-Königsborn	Rehfuß	3	2 „	2½ „
Werne . .				
Bez. Münst.	Schulz	4	2½ „	3 „
Brackel .	Meierling	1	3 „	3½ „

Die Rentenempfänger werden dringend ersucht, die angegebenen Termine und Zeiten zu beachten und ihre Bezüge regelmäßig monatlich abzuholen.

Kamen, 26. Febr. **(Verschiedenes.)** Anläßlich einer zu Gewalttätigkeiten ausgearteten Demonstration wegen Erhöhung der Milch- und Brotpreise hat das Reichsgericht Veranlassung zur Nachprüfung der alten Rechtsprechung in Bezug auf die strafbare Teilnahme an Gewalttätigkeiten im Sinne des § 125 des Strafgesetzbuchs gehabt. Gerügt worden war, daß nach den Vorgängen des November 1918 mit den nachfolgenden zahlreichen Demonstrationen die alte reichsgerichtliche Rechtsprechung nicht mehr aufrecht zu erhalten sei, wonach jeder, der bei Zusammenrottungen mit Gewalttätigkeiten nicht sofort das Weite suche, sich der strafbaren Teilnahme schuldig mache, weil er durch Vergrößerung der Anhäufung das Einschreiten der Ordnungsorgane erschwere. Dieser Rechtsgrundsatz treffe unter keinen Umständen auf die Vertreter der Presse und die Vertrauensmänner der Partei zu, die bestrebt sind, die aufgeregte Menge zu beruhigen. Das Reichsgericht ist bei Beurteilung des Sachverhalts im Ergebnis auf seiner alten Rechtsprechung stehen geblieben.

(Früherlegung der Stunden im Sommer.) Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages hat eine Eingabe an den Reichsminister des Innern gerichtet, die ausführt, daß die Gründe, die in diesem Sommer für eine Früherlegung der Stunden sprächen, besonders dringend seien. Wir seien gezwungen, Kohlen zu sparen, außerdem sei es wünschenswert, daß den Arbeitnehmern im Interesse ihrer durch den Krieg und infolge der schlechten Ernährung vielfach geschwächten Gesundheit Gelegenheit gegeben werde, möglichst frühzeitig die freie Natur aufzusuchen. Gegenüber diesen Erwägungen seien die Bedenken, die von den Bewohnern des besetzten Gebietes gegen die von uns gewünschte Maßnahme geltend gemacht würden, nicht stichhaltig.

Im Hagener Lebensmittelausschuß wurde mitgeteilt, daß bei den Quäkerspeisungen in Deutschland gegenwärtig täglich 700 000 Portionen im Werte von 1,7 Millionen Mark ausgegeben werden. Davon entfallen auf die an den Speisungen beteiligten 50 Städte des rheinisch-westfälischen Industriebezirks allein 60 000 Portionen.

(Pfarren für Brasilien.) Im Januar d. Js. ist der dritte der im Landeskirchlichen Diasporaseminar in Witten (Ruhr) ausgebildeten jungen Pastoren, H. Brewer aus Berlin-Tegel, vom Evangel. Oberkirchenrat nach Südbrasilien ausgesandt worden. Im April sollen vier andere, die gegenwärtig als Lehrvikare in der praktischen Vorbereitung stehen, nachfolgen. Dadurch wird sich die Hülfe, die das Seminar zunächst der Riograndenser Synode leistet, schon bald spürbar machen. Auch die Zahl der Bewerbungen um Aufnahme für den bevorstehenden Ostertermin ist erfreulich, so daß die durch den Krieg eingetretene Blutstockung als überwunden gelten darf. Um aber für die nächsten Jahre besonders starken Bedarfes an Pastoren für Südamerika gerüstet zu sein, sollen dieses Mal noch bis Anfang März Aufnahmegesuche angenommen werden. Nähere Auskunft erteilt der Direktor lic. Hymmen, Witten (Ruhr), Widdystraße 26.

Der Festausschuß des Wohlfahrtstages, der in unserer Stadt am 12. Juni cr. abgehalten wird, tagte am Mittwoch abend im Kümperschen Lokale. Es wurde in der Sitzung das provisorische Programm aufgestellt und wie folgt beschlossen: ½6 Uhr: Weckruf; 7 Uhr: Brückenbau, 8 Uhr: Singen von Kinderchören an Straßenkreuzungen; ab 8 Uhr: Beginn des Blumenverkaufs; 11 Uhr: Stafettenlauf quer durch Kamen; ½12 Uhr: Begrüßung auf dem Marktplatze; ½12—½1 Uhr: Promenadenkonzert dortselbst; 12 Uhr: Eintreffen des Kinder-Blumenkorsos auf dem Marktplatz, Aufstellung dazu vorher an dem Stadtpark; 3 Uhr: Fußballwettspiel auf der Reinhardschen Wiese; ab 3 Uhr: Kivestrubel auf dem Marktplatz; von 6 Uhr ab finden in den nunmehr bestimmten Lokalen: Reinhard, Turnhalle-Nordentor, Dröge und Nagel-Westentor gesangliche, turnerische und theatralische Aufführungen statt. Die nächste Sitzung, wozu auch die Vereinsvertreter eingeladen werden, findet am Mittwoch, den 9. März, abends ½9 Uhr, im Kümperschen Lokale statt. An diesem Abend sollen dann auch die Vereinsbeiträge entrichtet werden.

(Wohlfahrtsspende.) Wie wir erfahren haben, hat der Männer-Gesang-Verein „Auguste Victoria" dem städtischen Wohlfahrtsausschuß den Reinertrag des Wohltätigkeits-Operettenabends — 19. 2. 1921 — im Betrage von 1000 Mark in dankenswerter Weise überwiesen. Die Spende wird mit dazu beitragen, die in vielen Familien bestehende große Hilfsbedürftigkeit — Mangel an Wäsche-Stücken usw. — zu lindern. Der zahlreiche Besuch des Wohltätigkeitsabends — man kann von einem bis auf den letzten Platz besetzten Saal sprechen — gab wiederum ein beredtes Zeugnis von dem Opfersinn unserer Bevölkerung. Jeder Besucher ist voll auf seine Kosten gekommen, denn der Männergesangverein „Auguste Victoria" legte mit seiner „Winzerliesel" alle Ehre ein. Die Art der Ausführung ist als vollgelungen zu bezeichnen. Sämtliche Mitspieler gaben das Beste her. Ihnen sei an dieser Stelle nochmals neben vollster Anerkennung der herzlichste Dank ausgesprochen.

Die Dortmunder Strafkammer wies die von den Eheleuten M. von hier gegen ein Urteil des Schöffengerichts Kamen vom 2. 12. 1920 eingelegte Berufung ab und hielt den wegen Beleidigung und Körperverletzung gefällten Urteilsspruch aufrecht.

Kamen, 26. Febr. **Das Schöffengericht** tagte am Donnerstag, den 24. Februar, unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Schmidt. Die Anklage wurde vom Amtsanwalt Flöer vertreten. Wegen nichtpünktlichen Schließens seiner Wirtschaft erhielt der Wirt P. aus Oberaden einen Strafbefehl, gegen welchen er gerichtliche Entscheidung beantragte. Angeklagter hatte seine Wirtschaft während eines Festes nicht um 10 Uhr geschlossen. Er hatte die Lustbarkeitssteuer bis 2 Uhr nachts bezahlt. Der Amtsanwalt beantragte, den Strafbefehl auf 100 Mark zu ermäßigen. Das Gericht bestrafte den Angeklagten mit 100 Mark Geldstrafe. — Brot auf Karten bezogen zu haben, deren Inhaber nicht mehr dem Haushalte angehörte, wurde die Ehefrau Kr. aus Bergkamen beschuldigt. Die Tochter der Angeklagten ging im April 1920 in Stellung. Dieserhalb meldete sie sich um. Als sie sich später wieder anmeldete, stellte es sich heraus, daß während der Zeit ihre Angehörigen die Brotmarken für sie weiter bezogen hatten. Die Angeklagte wußte dieses nicht, da die Kinder die Marken holten. Es stellte sich heraus, daß ein Fehler bei der Abmeldung dadurch unterlaufen war, daß die Tochter auf dem Kartenausweis nicht gestrichen war. Deshalb beantragte der Amtsanwalt die Freisprechung. Das Gericht stimmte dem zu. — Diebstahl brachte den jugendlichen H. aus Kamen vor die Schöffen. Im März war Angeklagter bei Frau Oberst Hesse mit Holzhacken beschäftigt. In dem Schuppen lagen Gardinen, ein Fastnachtskostüm und andere Sachen. Diese soll er des Abends mitgenommen haben. Es stellte sich jedoch heraus, daß Angeklagter nur das Kostüm und die Gardinen entwendet hatte, welche die Mutter unbeschädigt wieder zurückbrachte. Der Amtsanwalt beantragte einen Verweis. Das Gericht schloß sich dem an. — Diebstahl ließ sich der Bergmann B. aus Bergkamen zuschulden kommen. Angeklagter entwendete am 24. Mai 1920 einen Drahtschutzkorb, der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft gehörig, und verwendete ihn später zur Reparatur einer Tür. Der Amtsanwalt beantragte 3 Tage Gefängnis. Das Gericht hielt die Strafe für angemessen, sah jedoch von einer Vollstreckung vorläufig ab. — Wegen Sachbeschädigung hatte sich der Bergmann B. aus Kamen zu verantworten. Angeklagter kam in der Sylvesternacht betrunken nach Hause. Als er das Haus betrat, fing er an zu schimpfen, ergriff einen Kohleneimer und schlug damit um sich, beschädigte selbigen, ebenso eine Spülwanne, welche dem Maschinisten Cobatowski gehörte. Der Amtsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 100 Mark. Das Gericht hielt die Strafe für angemessen. — Mißhandlung sowie Bedrohung sollte sich der Bergmann Cz. aus Kamen haben zuschulden kommen lassen. In der Sylvesternacht befand sich Angeklagter bereits zu Bett, als der Nebenkläger Brandt das Haus betrat und in seiner Trunkenheit schimpfte. Angeklagter, der sich die Beleidigung anzog, öffnete die Tür und verbat sich dieses. Hierauf ergriff Br. einen Kohleneimer und zerschlug die Tür des Angeklagten, worauf letzterer mit einem Stiel erwiderte. Die Frau des Angeklagten sprang aus Angst zum Fenster hinaus. Mit den Worten: Ich hole mir ein Beil, entfernte sich B. Aus Sorge, wo seine Frau geblieben sei, ging Angeklagter auf die Straße. Beim Heraustreten begegnete ihm Br. In der Annahme, Br. habe das Beil geholt, schlug Angeklagter mit einem Stiel auf Br. ein und verletzte ihn dadurch erheblich am Kopfe, so daß er 8 Tage im Krankenhause verbleiben und noch weitere 8 Tage feiern mußte. Der Amtsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 100 Mk. Der Nebenkläger beantragte die Erstattung der Unkosten sowie der Nebenklage. Das Gericht sprach den Angeklagten frei, da es Notwehr annahm. Der Antrag auf Erstattung der Unkosten des Nebenklägers wurde niedergeschlagen. — Wegen Entwendung von mehreren Zentnern Kohlen, der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft gehörig, war der Fuhrmann N. aus Menden angeklagt. Derselbe sollte am 24. November 1920 vier Zentner Kohlen aufgeladen haben, welche auf dem Platze an der Verladungsstelle lagen. Es stellte sich jedoch heraus, daß Angeklagter die Kohlen von einem Kohlenfahrer, welcher vorher geladen hatte, die Menge aber nicht mitnehmen konnte, erhalten hatte. Der Amtsanwalt beantragte die Freisprechung, welcher das Gericht zustimmte. — Wegen Entwendung einer Aufzugkette in der Waschlaue des Schachtes Grimberg sollte sich der Bergmann Kr. aus Bergkamen verantworten. Der Diebstahl konnte ihm jedoch nicht bewiesen werden. Er wurde freigesprochen. Der Amtsanwalt hatte ebenfalls die Freisprechung beantragt. — Wegen unbefugten Betretens der Schachtanlage sowie Entwendung von Glühbirnen hatten sich die Schüler J. und F. aus Bergkamen zu verantworten. Sie betraten am 1. Dezember 1920 die Schachtanlage Grimberg zu Bergkamen und entwendeten zwei Glühbirnen. Der Amtsanwalt beantragte je einen Verweis. Das Gericht schloß sich dem an.

Wiescherhöfen, 25. Febr. **(Die „fidelen Brüder".)** Zu den Vereinigungen, die in der Neuzeit wie Pilze aus der Erde schossen, meist nur aus dem Vorstand bestehen und gegründet werden, um der Vergnügungssucht Vorschub zu leisten, gehört scheinbar auch der Junggesellen-Klub „Fidele Brüder", dessen Zweck zu sein scheint, viele Feste zu feiern und Ueberschüsse zu erzielen, über deren Verwendung man auch nicht im Zweifel zu sein braucht. Um diesem dem Ernste der Zeit widersprechenden Treiben nach Kräften zu steuern, besteht in der hiesigen Gemeinde eine Lustbarkeitssteuerordnung, die für das erste Tanzvergnügen eine Steuer von 50 Mark und für jedes weitere den doppelten Satz der vorhergehenden vorsieht, also 100, 200, 400 usw. Der „Oesterr.-Ung. Knappenverein" hatte für den 26. September vor. Js. sein Stiftungsfest vorbereitet, das aber aus verschiedenen Gründen nicht stattfinden konnte. Dafür sprangen die „Fidelen Brüder" nun in die Bresche, um unter dem Deckmantel des „Knappenvereins" für ihre beabsichtigte Festlichkeit statt 400 Mark nur 50 Mark Steuer entrichten zu brauchen. Trotzdem aus mancherlei Ursachen auch dieses Fest nicht veranstaltet wurde, bekam die Behörde Wind von der Angelegenheit. So hatten sich denn der Vorsitzende und der Schriftführer des Jungsgesellen-Klubs am Mittwoch vor dem Schöffengericht in Hamm wegen versuchten Betruges zu verantworten. Es konnte aber nur gegen letzteren, der die schriftliche Anmeldung des Vergnügens bei der Gemeindebehörde bewirkt hatte, verhandelt werden. Das Gericht nahm zugunsten des Angeklagten an, daß er aus Unbedachtsamkeit gehandelt habe, und verurteilte ihn zu einer Geldstrafe von 20 Mark.

Dortmund, 25. Februar. **(Verschiedenes.)** Das hiesige Warenhaus der Firma Th. Althoff ist in die Rudolf Karstadt-A.-G. in Hamburg übergegangen. — Eine in Essen abgehaltene Gaukonferenz der im Zentralverband der Angestellten organisierten kaufmännischen Angestellten der Schwerindustrie aus dem Gebiet der Nordwestlichen Gruppe, in der die Tarifreform zur Erörterung stand, hat beschlossen, bis zum 25. ds. Mts. eine Urabstimmung in den Betrieben des rheinisch-westfälischen Industriebezirks über die Kündigung des Gehaltsabkommens durch die Afa vornehmen zu lassen. — Die Bochumer Polizei verhaftete einen von Dortmund gesuchten Hochstapler „Oberleutnant" Overbeck, der gemeinsam mit einem jungen Kaufmann Sammlungen für eine angebliche Siedlung der Offiziere in den Bergwerken veranstaltet hatte. — Der Rieselwärter Johann Kötter in Holthausen bei Waltrop wollte von seinem Bruder eine Selbstladepistole kaufen. Bei der Prüfung der Waffe entlud sich diese unversehens. Die Kugel drang Kötter in den Leib. Der Getroffene war sofort tot.

Bochum, 25. Febr. **(Verschiedenes.)** Die hiesige Polizei verhaftete einen angeblichen Oberleutnant Overbeck, der hier und in den Nachbarstädten mit einem jungen Kaufmann Sammlungen für eine angebliche Siedlung der Offiziere in den Bergwerken veranstaltete. Sie haben sich dabei in den Besitz ansehnlicher Geldsummen gesetzt. Offenbar handelt es sich um Hochstapler. — Aus dem Lohnbüro der Hennich-Hütte in Velpe wurde während der Lohnauszahlung ein Lohnkasten mit 22 Lohntüten gestohlen. In den Tüten befanden sich über 20 000 Mk. Lohngelder.

(W) **Minden**, 25. Febr. **(Zugentgleisung.)** Auf dem Bahnhof Poria entgleiste gestern abend gegen 9 Uhr ein Güterzug. Soweit bisher bekannt ist, sind Tote nicht zu beklagen, doch sollen die Beamten des entgleisten Zuges zum Teil schwer verletzt sein. Der Sachschaden ist ganz bedeutend. Sämtliche vier Personenzuggleise zwischen Bielefeld und Minden sind gesperrt. Die Personenzüge erleiden durch Umleiten starke Verspätung.

Der Wasserturmprozeß.

Essen, 25. Febr. Die gestrigen Verhandlungen werden eröffnet mit der Vernehmung einer Reihe von Zeugen, die über den Essener roten Mitkämpfer Krüger aussagen. Einige der Zeugen geben an, gehört zu haben, daß Krüger sich seinen Arbeitskollegen gegenüber gebrüstet hätte, dem Leutnant Potthoff den Gnadenschuß und auf andere Verteidiger mit dem Kolben eingeschlagen zu haben. In dem fraglichen Augenblick, da Leutnant Potthoff den Wasserturm verließ und unmittelbar darauf niedergeschlagen wurde, hat keiner der Zeugen Krüger gesehen. — Der an den Kämpfen unbeteiligte Augenzeuge Bergpraktiker Sommer kam nach seiner Darstellung an einem von einem Rotgardisten bewachten Maschinengewehr an der Ecke der Werden- und Kurfürstenstraße vorbei, als er als Erster das Hissen der weißen Flagge beobachtete. Er machte den Rotgardisten darauf aufmerksam und ersuchte ihn, das Feuer einzustellen. Das wurde getan, und auch einige weitere, in der Nähe aufgestellte Maschinengewehre stellten auf die Benachrichtigung hin das Feuer ein. Seine Bitte aber, mit den Verteidigern des Wasserturms nunmehr zu verhandeln, wurde mit der Begründung abgelehnt, daß die Verteidiger wahrscheinlich nur eine List gebrauchten und, wie an der Hauptpost, wieder mit dem Schießen beginnen würden, wenn sich die Roten näherten. Er eilte dann vorwärts und kam zusammen mit einer Anzahl Rotgardisten an der Treppe des Turmes an. Und dann kommt die bestimmte Erklärung des Zeugen: Als die Leute auf den Turm vorstürmten, warfen die Rotgardisten Handgranaten in die Fenster des Turmes. Es wurde von den Roten auch mit Maschinengewehren auf den Turm geschossen, und als infolge des fortgesetzten Feuerns Mauerscherben und Mörtel herunterfielen, schrien die Rotgardisten: „Die schießen wieder!" Aus dem Turm selbst ist kein Schuß mehr gefallen worden, dagegen haben die Roten ihre Handgranaten auch in das Zimmer geworfen, aus dem die weiße Flagge herausgesteckt worden war. Der erste Verteidiger, der aus dem Turm herauskam, bekam einen Schlag mit dem Gewehrkolben über den Kopf, daß er die Treppe herunterfiel; ein großer Teil der übrigen Verteidiger erlitt ein ähnliches Schicksal. Die folgende Zeugenvernehmung bringt die Verhandlung um keinen Schritt weiter. Jedenfalls ist die Kardinalfrage, von welcher Seite nach dem Heraushängen der weißen Fahne die Schüsse abgefeuert bezw. die Handgranaten noch geworfen worden sind. Die Staatsanwaltschaft beantragt dann offiziell die Haftentlassung der Angeklagten Schlüter, Wiegers und Puttwach mit der Begründung, daß einerseits die Aussagen der geistesschwachen Zeugen Borowski und Arnsbach wertlos und andererseits die Aussagen des Zeugen Jung gegen Schlüter nicht erwiesen seien. Auch Tombrock habe seine Rolle als Zeuge ausgespielt. Der Verteidiger Obuch meint, daß die Möglichkeit doch bestehe, Tombrock nochmals zu vernehmen. Tombrock habe gestern im Gefängnis einen neuen Selbstmordversuch gemacht durch Erhängen, er sei indeß noch rechtzeitig abgeschnitten worden. Nach einer Beratung verliest der Vorsitzende den Beschluß zur Vereidigung der Wasserturmkämpfer, die darauf erfolgt. Der gegen den Angeklagten Schlüter erlassene Haftbefehl wird aufgehoben. Bei den übrigen Angeklagten sei die Haftentlassung nicht möglich.

(TU) **Remscheid**, 25. Febr. **(Fortdauer des Straßenbahnerstreiks.)** Im Gegensatz zur Arbeitswiederaufnahme in andern Orten beschloß gestern eine Versammlung der streikenden Straßenbahner, den Ausstand fortzusetzen, um die Stadt zum Austritt aus dem Arbeitgeberverband zu zwingen. Begründet wird diese Forderung damit, daß hier das Straßenbahnpersonal nicht nach dem rheinisch-westfälischen Verbandstarif, sondern nach dem Tarif des städtischen Werke bezahlt wird.

Aus aller Welt.

— **Doppelmord und Selbstmord.** In Wittenberg verübte Montag der kommunistische Stadtrat Harpke Selbstmord, nachdem er seine Geliebte, die Witwe Dreßler, und deren sechsjähriges Töchterchen, ermordet hatte. Die Beweggründe der Tat, die zum Teil auf finanziellem Gebiete liegen sollen, konnten noch nicht aufgeklärt werden. Die Leichenschau ergab, daß Harpke erst seine Geliebte getötet hatte, indem er ihr die Kehle und Pulsadern durchschnitt, dann das Kind erschoß und schließlich sich selbst ebenfalls durch Durchschneiden der Kehle tötete. Harpke, der früher den unabhängigen Sozialdemokraten angehörte, seit geraumer Zeit aber ins kommunistische Lager abgeschwenkt war, war einer der radikalsten Wortführer in Wittenberg. Vom Beruf Dreher, war er von seinen Genossen zum unbesoldeten Stadtrat gewählt worden und genoß deren Vertrauen. Er scheint es aber mißbraucht zu haben und zwar in seiner Eigenschaft als Vertrauensmann seiner Genossen in der Fabrik von Wettig, in der er beschäftigt war. Außerdem soll er in seiner Eigenschaft als unbesoldeter Stadtrat sich Unregelmäßigkeiten haben zuschulden kommen lassen. Er hatte als Stadtrat das Dezernat der Kohlenstelle und hier sollen seine Verfehlungen liegen. Die eingeleitete Untersuchung muß Näheres ergeben.

— **Seine vierte Frau erstochen.** Nach einem Sühnetermin im Amtsgericht erstach der Fleischermeister Richter nach kurzem Wortwechsel seine von ihm getrennt lebende Frau. Der Täter wurde festgenommen. Die Ermordete war seine vierte Frau. Der Täter ist wegen Doppelehe und Körperverletzung bereits vorbestraft.

— **Russisches Gold in Hamburg beschlagnahmt.** In Hamburg wurden durch die Polizei 4 Personen verhaftet, die zu hohen Preisen russisches Gold umsetzen wollten. Unter den Verhafteten befand sich ein russischer Salinenbesitzer, der sein Gut in Sowjetrußland verkaufte und das dafür eingenommene Gold nach Deutschland gebracht hatte, um sich hier eine neue Heimat zu gründen. Das Gold wurde beschlagnahmt.

— **Große Hungersnot in Wolhynien.** Nach Moskauer Meldungen herrscht in den von den polnischen Truppen besetzten Gebieten Wolhyniens entsetzliche Hungersnot. Alles Korn wurde von den polnischen Truppen weggeführt. Die Einwohner der Kreise Wladimir, Wolhynsk, Dubno und Lusk nähren sich von Birkenrinden und anderen Beimischungen. In allen Schulen ist der polnische Unterricht obligatorisch.

— **Schneestürme an der Neufundlandküste.** Ein Schneesturm wird von der Westküste Neufundlands gemeldet, der jede Geschäftstätigkeit stillegt und den Eisenbahn- und Schiffahrtsverkehr vollständig unterbindet. Eine Feuersbrunst zerstörte das bischöfliche Palais in St. Johns. Die Ursache des Brandes war Kurzschluß infolge des Schneesturmes. Nur mit großer Mühe konnten sich der Erzbischof, neun Geistliche und die Dienerschaft aus den Flammen retten.

— **Wer verdient heute am meisten?** Die Leute vom Film. Die Honorare für die „Stars" werden nicht bloß aus Reklame märchenhaft genannt, sie sind es auch und gehen in Amerika über 1 Million hinaus. Und in Deutschland bleiben sie kaum weit hinter der Million zurück. Allerdings haben diese Künstler und Künstlerinnen auch kostspielige Lebensgewohnheiten, und daraus erklärt es sich, daß sich einzelne „Stars" schon „gründen" lassen. Ein guter Regisseur bezieht 300 000—500 000 Mk. Jahresgehalt, Wochenbezüge von 1000 Mark sind nichts Besonderes.

Die Versorgung mit Textilwaren.

(WTB.) Trotz des starken Fallens der Preise für Rohbaumwolle, für Halbgarne und für Rohwolle, ist ein fühlbarer Preisabbau nicht eingetreten. Das ist an sich aus technischen Gründen, auch nicht möglich, da die Rohbaumwolle einen langwierigen Fabrikationsprozeß durchzumachen hat, ehe sie als fertige Ware auf den Markt gelangt. Wenn also die Rohbaumwolle im Preise stark sinkt — und das ist im vorigen Jahre tatsächlich eingetreten — so darf nicht ohne weiteres erwartet werden, daß auch die Preise für Fertigwaren dem Rohmaterial folgen. Die Fabrikanten müssen zunächst die teuer eingekauften Rohstoffe verarbeiten, bei der Preisbemessung aber auch berücksichtigen, wie die Unkosten allgemein sich inzwischen gestaltet und verändert haben. Darin liegt wenig Tröstliches für den Verbrauch. Die Textilnot ist groß, so groß sogar, daß sie zu ihrer Beseitigung nicht mehr länger die Hände in den Schoß legen dürfen. Was besonders den deutschen Markt betrifft, so zeigt er für die nächste Zeit noch keine Aussichten der Besserung. Künstlerstreik und Konjunkturschwankungen haben nicht die Folgen gehabt, die sie bei normalen Marktverhältnissen hätten haben können, oder müssen. Hinzu kommt weiter, daß mit Wirkung vom 1. April die sogenannte Textil-Notstandsversorgung von Reichswegen aufhört. Die Quellen hierfür sind verstopft, da einmal die Bestände aus der Heeresverwaltung zur Neige gehen, sodann auch die im freien Verkehr beschafften Rohmaterialien, die nicht unverhältnismäßig belasten, ohne daß es möglich ist, sie in großen Masse wohlfeile Textilwaren zuzuführen.

Der organisierte Textil-Einzelhandel versucht nun, wenigstens nur die Lücken zu stopfen, die durch die Aufhebung der Textil-Notstandsversorgung und der Reichskleiderläger entstehen, er will darüber hinaus den organisatorischen Apparat beibehalten, um durch Preisabbau endlich die Versorgung der Massen mit Textilwaren durchzuführen. Auf der Dezember-versammlung der Reichskleiderläger in Dresden im November 1920 wurden an Richtlinien aufgestellt, die zur Zeit in Beratung den zuständigen Behörden unterliegen. Der organisierte Kleinhandel will unter Ankehmung an die Reichskleiderläger der minderbemittelten Bevölkerung Textilwaren beschaffen, soweit die Reichs- und Landesregierungen den Plane ihre Unterstützung leihen. Diese soll darin bestehen, daß auf die Industrie eingewirkt wird, sich an dieser gemeinnützigen Maßnahme zu beteiligen. Ebenso wie der organisierte Kleinhandel von jedem Gewinn absehen will, wird auch von der Industrie vorausgesetzt. Jene Textilfirmen die grundsätzlich ihre Beteiligung zusagen, sollen eine gewisse Förderung in der Zuweisung von Rohstoffen Kohlen erhalten. Endlich wird auch die steuerliche Begünstigung angeregt, etwa in der Form der Aufhebung der Umsatzsteuer für die Notstandswaren. Es ist klar, daß kein Geschäftsmann, also auch der Kleinhändler nicht, aus reiner Menschenfreundlichkeit dauernd so handeln kann, vor- aus volkswirtschaftlichen Gründen auch nur so handeln darf. Aber es gilt, abgesehen von der unaufschiebbaren Notstandsversorgung, den Markt wieder aufzurichten. Dazu ist in erster Linie ein Preisabbau erforderlich. Er muß spürbar sein, er muß aber auch ein großes Gebiet umfassen, damit die Rückwirkung allgemein möglich ist. Nur so besteht für den Einzelhandel die Gefahr, daß die Versorgung der Bevölkerung von Stadtschaften oder

Wiederverkäufer

kaufen

Zigaretten

Kassato: Sport, Aktiv, Virginia, Kassato-extra

Malzmann: Höhenrekord, Herzogspaar, Malzmann-Klasse, Malzmann extra von Kennern immer bevorzugt!

Oldenkott: Oldo, Silbener Stern, Goldener Stern (pro Mille 1 Kartenspiel).

Yenidze: Salem Gold-grau, (pro Mille 1 Kartenspiel) Salem Aleikum

Ecksteins Marken nur in geringen Mengen z. haben.

Lypstadt & Co. Remonte, Robber, Luffo

bei größter Auswahl zu Original-Fabrikpreisen nur bei 430

Hans Dolle,

Fernruf 2. **KAMEN** Markt 16.

Größte Spezial-Großhandlung in Tabakwaren.

Reparaturen

an

Automobilen, Motorrädern und Elektromotoren

werden prompt ausgeführt von fachkundigen Monteuren, mit langjährigen Erfahrungen, durch die

509 **Westdeutsche**

Elektro- und Auto-Industrie

Karrenberg & Klicks

Fernruf 466 **Unna** Büro: Burgstr. 30.

Reparatur-Werkstatt: früher Rasche-Brauerei, Morgenstrasse.

Reinigen Färben

Umpressen

von alten Hüten 97

schnell und sehr billig.

E. Wette, Kamen,

Bahnhofstrasse 55.

Bettnässen

ist **jetzt** durch ein **sicher** wirkendes Mittel **heilbar.** 802

Prospekt umsonst.

G. Stackemann,

Langwedel (Bremen).

Freuden der Jugend kehren wieder

bei Gebrauch der echten **„Wotanol" - Pillen.** Das Präparat beruht auf wissenschaftl. Grundlage. Gegen Nervenschwäche. Ihre **Arbeitskraft** wird verjüngt, daher kann der Erfolg in Ihrem Berufsleben nicht ausbleiben. Originalpackg. M. 25.— frko. verschl. gegen Nachnahme.

Lucerna-Tabletten

bewährtes Mittel gegen Rheuma, Gicht usw. M. 18.— franko gegen Nachnahme. Richtig angewandt — Immer Erfolg. 595

Dr. Ad. Meyer, Hamburg 20

Tarpenbeckstr. 683.

Reparaturbedürftige

Flügel, Pianinos und Harmoniums

jeden Alters werden in unseren Werkstätten innerlich und äußerlich wieder so hergestellt, daß sie jahrzentelg. d. höchsten Ansprüchen ihres Besitzers genüg.

Carl Ebel & Sohn,

Unna, Pianofortefabrik mit elektr. Antrieb.

Für unsere Arbeiten leisten wir volle Gewähr.

Große Auswahl in

Natur-Haarzöpfen

zu bekannt billigsten Preisen.

Anfertigung sämtlicher moderner

Haararbeiten, Zöpfe, Unterlagen, etc.

Damen-Salon

W. Steinmann,

Bahnhofstraße 56,

Telephon 256. 78

Hautjucken

Krätze beseitigt man in 3—4 Tagen mit **Leupin.** Garant. geruchlos. Tausende von Dankschreib. Dose M. 10.—, Tee Mk. 4.— genügt für eine Kur. Vorzügl. a. bei Flechte, Hämorrhoiden, Beinschäden, Ausschlag etc. Ält. Fabr. A. Stricker, **Brakwede i. W.** Niederlage: Löwen-Drogerie W. Kirkmann.

Möbel-Ausstellung

in 3 neuzeitlich eingerichteten Ausstellungshäusern.

Meine Musterzimmer sind vorbildlich, durch grosse Einkäufe meine Läger reichlich, meine Preise niedrig.

Heinrich Herlitz,

Werkstätten für Handwerkskunst,

Hamm (Westf.).

83

Alfred Funke,

Kamen Telephon 24 — **Mengede** Telephon 342

empfiehlt sich zur Ausführung von

elektrischen Licht- und Kraftanlagen

jeder Art und Größe.

Sämtliche Beleuchtungskörper und Motore preiswert.

Verlangen Sie unverbindliche Kostenanschläge oder Vertreterbesuch. 202

Hygienische Artikel

Frauenduschen, Gummiwaren

liefern in anerkannt erstklassiger Qualität auf Grund langjähriger fachmännischer Erfahrung zu billigsten Preisen 629

Bendin & Co., Dortmund 1.,

Schließfach 470.

Preisliste gratis und franko.

„Felke-Heilweise"

Naturheilkunde u. Homöopathie

Sprechstunden in Kamen

Restaurant Bunghardt, Bahnhofstraße 40, jeden Montag und Donnerstag von 12—4 Uhr

96 **W. Schürmann.**

Städt. Realprogymnisium zu Kamen.

Anmeldungen für das neue Schuljahr werden alltags von 11½—12½ Uhr in der Anstalt entgegengenommen. Dabei sind vorzulegen: 1. Geburtsbescheinigung, 2. Impfschein, 3. Schulzeugnis.

Die Aufnahmeprüfung findet Sonnabend, den 19. März, von 2 Uhr ab statt. 826

Der Direktor: Dr. Eberlien.

Tapeten

moderne **Muster** in größter **Auswahl** und **Preiswürdigkeit** empfehlen

Tapeten- u. Farbenhaus **Gebrüder Scheele**

Hamm (Westf.), Große Weststr. 24.

Beste **Bezugsquelle** f. **Anstreichergeschäfte** **Verlangen Sie Musterkarte.** 145



MAGGI's Würze

gibt

Suppen, Gemüsen, Tunken, Salaten

kräftigen Wohlgeschmack.

Vorteilhaftester Bezug in Originalflaschen Nr. 6.

547

Verlobungs- und Hochzeitskarten
Familien-Drucksachen

liefert die Buchdruckerei der Kamener Zeitung.

Die Forderungen der Entwaffnung.

Das Reichswehrministerium hat sich bisher mit seiner Stellungnahme zu den neuen Entwaffnungsforderungen des Pariser Abkommens fast ganz zurückgehalten. Es hat, vollkommen im Einklang mit dem Chef der Heeresleitung, sich dieser Zurückhaltung befleißigt, um nicht die Erkenntnis von den weitaus größern wirtschaftlichen Gefahren durch das Pariser Abkommen irgendwie zu verdunkeln. Der Verband fordert, daß auch die einzelnen Länder in ihre Verfassung die Abschaffung der Wehrpflicht aufzunehmen hätten. Da Reichsrecht Landesrecht bricht, und da die deutsche Verfassung an sich keine besondere Stellungnahme der Länder zur Wehrpflicht gestattet, sondern die Heeresfrage ausschließlich als Reichsangelegenheit betrachtet, erscheint diese Forderung durchaus überflüssig. Das Reichswehrministerium ist jedoch gewillt, den gewünschten Formalitäten Rechnung zu tragen. Da es sich in dieser Frage der Gesetzgebung um geringfügige Aenderungen handelt, so sollen diese ohne weiteres bei der endgültigen Lösung des Reichswehrgesetzes berücksichtigt werden, obwohl sie nach deutschem Recht nicht nötig wären.

Auch in der Frage der Organisation hat das Reichswehrministerium, daß keine wesentlichen Differenzen bestünden, weil die von uns durchgeführte Organisation den Bedingungen des Versailler Vertrages voll entspreche. Was die beanstandete angebliche große Stärke des Reichswehrministeriums an Offizieren und diesen Gleichgestellten betrifft, so rechnet der Verband unter dem Begriff „angegliederte Behörden" die Zeugämter, Garnisonverwaltungen und Waffenschulen, ferner die Proviantintendanturverwaltungen, die Pfarrer, Heeresanwälte und einige andere Beamte, die sämtlich andern Kommandobehörden angegliedert oder unterstellt sind. Auf diese Weise entsteht die hohe Zahl von 916, die ein durchaus falsches Bild von der Zentralbehörde gibt. Es besteht die Absicht, die bisher als Militärbeamte geführten Personen in Zivilbeamte umzuwandeln. Die weiterhin als Militärbeamte zu führenden Personen werden zu dem uns zugestandenen Offizierkorps von 4000 Köpfen zugerechnet werden. Als Beamtenstab für die Verwaltungsbehörden des Heeres ist uns nach Artikel 161 ein Zehntel der Vorkriegsstärke zugestanden.

Gegen die Durchführung der Auslieferungdes überzähligen Kriegsgeräts bei den Truppen bestehen sachlich nach Ansicht des Reichswehrministers keine Bedenken. Die Abgabe der überzähligen Waffen und Munition dürfte bis zum 28. Februar durchführbar, die Abgabe aller übrigen Ausrüstungsstücke vor Ende März jedoch kaum möglich sein, da die Sichtung des Materials und der Ausgleich der Bestände Zeit erfordern. Was die beanstandeten Ergänzungstruppen anlangt, so scheint die Militärkontrollkommission an dem Namen Anstoß zu nehmen. Es handelt sich nach französischer Ausdrucksweise um Depottruppen, welche auch in den Friedensvertragsbestimmungen vorgesehen sind. Der Name Ergänzungstruppen soll in Ersatztruppen umgeändert werden. Bei den weiterhin beanstandeten, im Wehrgesetz nicht näher bezeichneten Organisationen kann es sich lediglich um Lehrschmieden und Zeugämter handeln. Diese „Organisationen" werden, um irgendwelche etwaige Verdachtsmomente zu beseitigen, nunmehr im Wehrgesetz einzeln und namentlich aufgeführt werden.

Bei den Materialfragen kommen erstens die durch den Friedensvertrag verbotenen Waffen in Betracht, zweitens Waffen und Munition, für die im Friedensvertrag eine Höchstzahl vorgesehen ist, und drittens Waffen, über die nichts näher bestimmt wurde. Was die zuerst genannten Waffen betrifft, so besitzt unser Heer keine solchen mehr; die unter 2 aufgeführten Waffen im allgemeinen auch nur in der festgesetzten Höchstzahl. Zweifel bestanden über das Material, das aus dem 150 000-Mann-Heer bei der Zurückführung auf 100 000 Mann überschüssig geworden war. Dieses Material ist in der Hauptsache heute abgegeben. Wir hatten beim Verband beantragt, uns dieses Material aus rein finanziellen Gründen für den Ersatz und die Ausrüstung der alten Bestände zu belassen, da sonst Millionenwerte unnützerweise vernichtet werden müßten. Wir hatten ferner dem Verband vorgeschlagen, dieses Material, das zum großen Teil auch aus Halbfabrikaten und Vorfabrikaten bestand, im besetzten Gebiet unter Aufsicht des Verbandes zu lagern. Eine Antwort von seiten des Verbandes ist daraufhin nicht erfolgt. Sehr kleinlich wurde bei den Waffen vorgegangen, über die im Friedensvertrag eigentlich nichts bestimmt ist. Es handelt sich um Pistolen, blanke Waffen, Nahkampfmittel und Fechtgewehre. Einmal wurde sogar das Verlangen gestellt, daß für jedes Pferd nur ein Sattel dem Heer verbleiben dürfte. Man wundert sich, daß noch nicht verlangt wurde, daß für jeden Soldaten nur ein Paar Stiefel bereit sein dürfe. Das Reichswehrministerium ist der Ansicht, daß der Friedensvertrag im allgemeinen die Höhe der Reservebestände des Ersatz- und Uebungsgeräts keineswegs festgelegt habe. Es glaubt jedoch, daß gemeinsame Besprechungen zwischen Vertretern des Reichswehrministeriums und des Verbandes am schnellsten Klarheit darüber schaffen würden, welche Bestände eigentlich amtlich beanstandet werden sollen. Das von der Truppe geführte Uebungsgerät an Geschützen, Minenwerfern und Maschinengewehren ist derartig eingerichtet, daß das Verschießen scharfer Munition unmöglich ist.

Der Friedensvertrag hat uns Fabriken für Kriegsgerät belassen, und zwar für jede Art von Fabrikation je zwei. Wir sollten auch bestimmen, welche Fabriken dafür in Betracht kämen. Die Militärkontrollkommission hat uns jetzt für jede Art von Fabrikation nur eine Fabrik bewilligt und uns die einzelnen Fabriken vorgeschrieben, dabei gerade solche, die für die betreffende Fabrikationsart gar nicht geeignet sind. Es sind dadurch mannigfache Schwierigkeiten eingetreten. Die von dem Verband geforderte Zentralisierung der Munitionserzeugung in ganz wenigen Fabriken birgt zudem die Gefahr in sich, daß eine Explosionskatastrophe die gesamte Munitionsversorgung überhaupt unmöglich machen kann. Die Zerstörung der Maschinen in den Fabriken kann sofort beginnen, sobald in den vorgeschlagenen Besprechungen eine praktisch durchführbare Lösung gefunden ist. Allgemein ist zu sagen, daß Deutschland die Herabminderung seines Heeres auf 100 000 Mann durchgeführt hat. In der Ablieferung der nicht zuständigen Waffen und in der Beschränkung der Zahl der Fabriken für Anfertigung der Waffen werden deutscherseits nicht die geringsten Schwierigkeiten bereitet. Lloyd George hat vor aller Welt anerkannt, daß die Entwaffnung des deutschen Heeres tatsächlich durchgeführt ist, und daß sie eine Bedrohung für den Frieden nicht mehr bedeuten kann.

Dagegen ist die Frage der Ostfestungen eine Hauptfrage für Deutschland. Bei den bescheidenen Forderungen für diese Festungen hat Deutschland wohl das Recht auf seiner Seite. Was die Festungsfrage betrifft, so liegt von seiten des Verbandes eine unrichtige Auslegung des Friedensvertrages zugrunde. Dieser läßt uns ausdrücklich im Besitz unsers östlichen und südlichen Festungssystems, das in seinem bisherigen Zustand erhalten bleiben soll. Maßgebend für die Ausrüstung der Festungen mit Geschützen ist der Stand vom 10. Januar 1920. An diesem Tage befanden sich in den 14 deutschen Festungen 4111 Geschütze, darunter 2101 schwere. Schon im Mai wurde aber von seiten der Kontrollkommission der Artikel 167 dahin ausgelegt, daß unter „befestigten Werken" nur dauernd befestigte Werke und unter „Festungen" nur solche Plätze zu verstehen seien, die mit Geschützbettungen versehen seien. Diese Auslegung gab die Handhabe, alle modernen Festungen, da solche über keine Geschützbettungen verfügen, zu streichen; ebenso diejenigen alten Plätze, die noch nicht über jene inzwischen veralteten Geschützbettungen verfügten. Die Kontrollkommission erklärte ferner, jede Bestückung eines Platzes oder Werkes sei in Wirklichkeit die Folge vorbereiteter Aufstellungen, und verbot neue oder veränderte Aufstellungen. Und da sie sagte, daß die Geschützaufstellungen im freien Gelände nicht als Bestandteil der Bestückung eines Werkes oder eines festen Platzes anzusehen seien, kam man bei solcher Auffassung zu dem Ergebnis, daß nur fünf deutsche Festungen weiter bestehen könnten, nämlich Königsberg, Swinemünde, Pillau, Ulm und Küstrin. Und nachdem auch nachträglich noch entdeckt wurde, daß Küstrin und Ulm keine geeigneten Batteriestellungen hätten, wurden auch diese beiden Festungen noch gestrichen. Anderseits legte man aber an jene Geschützbettungen wiederum den modernen Maßstab und strich jene Geschützstände, die „den Bedürfnissen eines modernen Geschützes nicht entsprechen". Auf diese Weise verminderte sich die Zahl der Deutschland zu belassenden Festungsgeschütze auf 22 schwere Geschütze in Königsberg, wozu noch ein paar Dutzend Geschütze der befestigten Seeplätze Pillau und Swinemünde hinzukommen. Nachdem man so das deutsche Befestigungssystem seiner Geschütze beraubt und als solche unbrauchbar gemacht hat, sollen nun außerdem auch die Maschinengewehre, das Nachrichtengerät und die Nahkampfmittel, d. h. auch die ganze infanteristische Verteidigungskraft den Festungen genommen werden.

Es ist nicht recht ersichtlich, warum wir gezwungen werden sollen, gerade jetzt, entgegen den Bestimmungen des Friedensvertrags, unsre Grenzen gegen Osten und Südosten zu öffnen. An den zuständigen Stellen wird der bestimmte Verdacht geäußert, daß die oberschlesische Frage den geistigen Zusammenhang mit der Festungsfrage herzustellen geeignet sei. Bestätigt wird diese Auffassung durch die polnischen Truppenzusammenziehungen gegenüber der deutschen Grenze. Sie haben sich den früher schon mitgeteilten Beobachtungen gegenüber nicht wesentlich verändert. Es liegen im Gegenteil neue Verdachtsgründe vor.

Dortmunder Stadttheater.

Sonntag, 27. Febr. 3—6 Uhr. Opernpreise. „Undine". 7½—10 Uhr. Opernpreise. „Tiefland". — Montag, 28. Febr. 7½—9¾ Uhr. Geschlossene Vorstellung für den Bildungsausschuß der freien Gewerkschaften. „Jahrmarkt in Pulsnitz". Schwank von Walter Harlan. — Dienstag, 1. März. 7—9½ Uhr. D 22. Opernpreise. „Das Rheingold". — Mittwoch, 2. März. 7½—10 Uhr. A 22. Schauspielpreise. „Femina". Lustspiel von Else Otten. — Donnerstag, 3. März. 7—10 Uhr. Opernpreise. „Der Freischütz". Romantische Oper von C. M. v. Weber. — Freitag, 4. März. 7—10¼ Uhr. B 22. „Hamlet". Trauerspiel von William Shakespeare. — Sonnabend, 5. März. 7—9¾ Uhr. C 22. „Norma". Große Oper von V. Bellini. — Sonntag, 6. März. 3—5¼ Uhr. Geschlossene Vorstellung für die christlichen Gewerkschaften. „Jahrmarkt in Pulsnitz. 7—10 Uhr. „Der Waffenschmied von Worms". Komische Oper von Albert Lorzing. — Montag, 7. März. 7—10¼ Uhr. Geschlossene Vorstellung für den Dortmunder Theater-Verein. „Hamlet".

Vorverkauf im Verkehrsbüro Kamen (E. Holtmann, Bahnhofstraße.)

Briefkasten.

Streit in Kamen. Das Karpathenabzeichen ist von dem verstorbenen Franz Joseph dem Karpathenkorps verliehen worden. Wilhelm II. gab seinen Truppen das Recht, diese Ordensdekoration zu tragen. Das Abzeichen war ein Hirschgeweih, das auf Tannenzweigen ruhte. Es wurde zwischen den beiden Kolarden getragen; für Offiziere wurde das Abzeichen in Silber, für Mannschaften in Weißmetall hergestellt.

A. N. 100 in Kamen. Es liegt kein Pacht-, sondern ein Mietvertrag vor; der Vermieter kann also nicht, weil es ihm gefällt, Ihnen das mit der Wohnung gemietete Gartenland abnehmen, um es selbst zu bebauen. Lehnen Sie seinen Anspruch glatt ab.

Fr. K. in Bergkamen. Die Jahresarbeitsverdienste sind neu festgesetzt worden. Die Aenderungen treten am 1. März d. J. in Kraft. Da die Hinterbliebenen-Renten nach dem Jahresarbeitsverdienst errechnet werden und dieser vom 1. 3. 21 ab erhöht wird, so steigt damit auch die Rente Ihrer Schwägerin. Warten Sie vorerst die Entscheidung Ihrer Rentenbehörde ab.

Dr. Hermes über unsere Ernährungspolitik.

Reichsernährungsminister Dr. Hermes empfing in München einige Vertreter der Presse, um über unsre derzeitige Ernährungspolitik und besonders über deren Zusammenhang mit den bevorstehenden Londoner Verhandlungen Mitteilung zu machen. Obwohl, so drückte er sich aus, unsre Ernährungslage in ihrer Gesamtheit noch immer als nicht befriedigend bezeichnet werden müsse, so sei doch zweifellos eine gewisse Entspannung eingetreten. Zwar sei die Ration der Brotversorgung heute noch unzureichend; aber es könne immerhin als ein Fortschritt gelten, daß der, wenn auch unvollkommene, heutige Zustand zunächst einmal stabilisiert zu werden vermöchte. Unser Ziel sei natürlich, dem Volke mehr Brot und auch besseres zu bieten, wozu wir heute leider noch nicht imstande seien. Obwohl gegen den Schleichhandel, über den so viel geklagt werde, und besonders gegen den gewerbsmäßigen, unnachsichtig vorgegangen werden müsse, so könne doch das Problem, um das es sich dabei handle, nicht mit Strafen allein gelöst werden. Die wichtigste Maßregel würde die sein, dem Volke mehr bieten zu können, als es uns heute möglich sei. Beispielsweise solle die Ration des zu 75 v. H. ausgemahlenen und zum Selbstkostenpreis den Kommunalverbänden zur Verfügung gestellten amerikanischen Kochmehls von 150 Gramm pro Kopf und Woche auf 200 Gramm erhöht werden. Vielleicht werde sogar der heutige Preis nicht bloß gehalten, sondern noch um eine Kleinigkeit herabgesetzt werden können. Zur Frage des Abbaus der Preise vertrat Dr. Hermes den Standpunkt, daß man die Preisentwicklung nicht künstlich lenken könne. Man müsse durch eine liberale Einfuhrpolitik Waren heranschaffen und an die Stelle der Bureaukratie den Freihandel setzen, der geschäftliche Konjunkturen weit besser auszunutzen wisse. Wo man mit Einfuhrscheinen zu tun habe, da gebe es auch immer Korruptionsmöglichkeiten. Die Freigabe des Fleisches, der Kartoffeln, der Salzheringe habe preisdrückend gewirkt. Am auffälligsten sei dieser Vorgang bei den Schmalzpressen zutage getreten, denn die Margarine und später sogar das Vieh hätten nachfolgen müssen. Von einer Entspannung könne natürlich nur so lange die Rede sein, als wir durch die Beschlüsse in London nicht in frühere Zustände zurückgeworfen würden. London könne unter Umständen eine abermalige Unterernährung bedeuten. Wir müßten dem Verbande offen und ehrlich sagen, daß es uns um eine winzige Kleinigkeit besser gehe, daß wir aber, wenn wir unterernährt seien, Verpflichtungen überhaupt nicht erfüllen könnten. Eine Steigerung unsrer inländischen Erzeugung, wie sie sich heute schon beim Zucker ergeben hat, müsse mit allen Kräften angestrebt werden. Es müsse klipp und klar gesagt werden, daß wir die starke Einfuhr zurzeit noch brauchten, daß wir sie aber nicht dauernd durchzuführen vermöchten. Die Zentralverwaltung der Reichsgetreidestelle decke nur ein Drittel ihres Bedarfs aus dem Inland, zwei Drittel dagegen aus dem Ausland. Die Verwendung von Kunstdünger habe sich durch den Krieg und die ihm nachfolgenden Ereignisse wesentlich verschlechtert. Eine Erleichterung sei dann neuerdings hinsichtlich der Versorgung mit Stickstoffen eingetreten. Unser Wirtschaftsleben könne mit Verbilligungsplänen allein, so günstig sie auch sein möchten, nicht neu aufgebaut werden. Der Landwirt müsse soviel verdienen, daß er einen Ansporn habe, Düngemittel in hinreichendem Maße zu kaufen. Unsre Stickstofferzeugung werde sich jetzt auf fast 300 000 Tonnen belaufen. Auch Thomasmehl und Superphosphat kämen wieder in stärkerm Maße zur Verwendung. Bei den Besprechungen der deutschen Ernährungsminister sei die Getreidefrage zu Ende gebracht worden. Weiterhin wird man sich mit Kartoffeln, Fleisch, sowie mit allgemeinen Fragen der Ein- und Ausfuhr beschäftigen. Große Sorge bereite der erschreckende Rückgang unsrer Milchwirtschaft und dementsprechend unsrer Milchversorgung. Ende März dürfte eine zweite Konferenz der deutschen Ernährungsminister nachfolgen. Der Brotpreis, den das weniger gut unterrichtete Publikum gern mit diesen Konferenzen in Verbindung bringe, ist einzig und allein eine Angelegenheit der Kommunalverbände, ausschlaggebend sei der Preis des Mehls. Nun zahle die Reichsgetreidestelle für die Tonne Inlandgetreide rund 1500 Mark, für Auslandgetreide dagegen ein Mehrfaches. Den Mehlpreis gedenke die Reichsgetreidestelle trotz unsrer starken politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit zum Ausland unverändert aufrechtzuerhalten. Vielfach werde die Frage gestellt, wie sich, wenn wir in London ablehnten, unsre Ernährung gestalten werde. Die Antwort muß dahin lauten, daß wir uns, wenn die Verhandlungen in London ungünstig verliefen, wohl oder übel mit einer Periode der Unterernährung abfinden müßten, denn aus eigner Kraft gebe es für uns keine Sanierung.

Kasseler Kommunistenprozeß.

Der achte Verhandlungstag bringt bei der Durchsicht der Aufzeichnungen und Bücher des Angeklagten Klinkmüller die Feststellung, daß der Angeklagte Leiter der M. O. L. gewesen ist. Nach der Angabe des Angeklagten hat er diesen Posten nicht mehr inne gehabt, als sich die Staatsanwaltschaft mit der Roten Armee zu beschäftigen begann. Wahrscheinlich hat sein Nachfolger unter seinem Namen gearbeitet. Was die Düsseldorfer Geisel-Liste anbelangt, auf der die Namen von Richtern und Untersuchungsrichtern, Staatsanwälten und anderen Persönlichkeiten stehen, die in dem Düsseldorfer Ständelhausprozeß tätig waren, so bestreitet er, diese Liste aufgestellt zu haben. Seiner Intelligenz dürfe ein solcher Blödsinn nicht zugetraut werden. Die Kommunisten, so sagt er, bekämpfen ein System, und nicht Personen. Als der Staatsanwalt einwirft, daß auch die Führer dieses Systems bekämpft werden, verbittet sich der Verteidiger eine solche Bemerkung. Bemerkenswert ist eine Mitteilung des Staatsanwaltes, daß er einen unfrankierten anonymen Brief erhalten habe, worin ihm der gute Rat erteilt wird, schleunigst sein Testament zu machen. Der Verteidiger antwortet darauf, daß er von rechtsstehender Seite ebenfalls Briefe erhalten habe, die nicht weniger liebenswürdig seien. Das veranlaßt den Vorsitzenden zu der Mitteilung, auch er werde mit Briefen überschüttet.

Im weiteren Verlauf gibt Klinkmüller an, daß seine Haupttätigkeit als Leiter des Nachrichtendienstes darin bestanden habe, Organisationen von rechts aufzudecken. Sein Material habe er dann in der linksstehenden Presse veröffentlicht. Staatsanwalt Dr. Meyer beklagt sich darüber, daß man die Presse niemals fassen könne, und erhebt den Vorwurf der Leichtfertigkeit, mit der unerwiesenes Material in die Presse lanciert werde. Das sei ein unerhörter Skandal, an dem unser Volk zu Grunde gehe. Aus dem Publikum kommen dabei zustimmende Rufe. Das gibt dem Verteidiger Anlaß zu einem lebhaften Geplänkel mit dem Staatsanwalt, das schließlich so verworren wird, daß der Vorsitzende drohen muß, die Sitzung abzubrechen. Der Verteidiger Dr. Wolff verteidigt die linksstehende Presse. Die Staatsanwaltschaft könne nur zu Eingriffen gezwungen werden, wenn vorher die Flucht in die Oeffentlichkeit unternommen worden sei. Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Seckel erinnert an die einzige Bedrohung der Reichssicherheit seit 1919. Das sei der Kapp-Putsch gewesen. Damals hätte die linksstehende Presse bis zur demokratischen „Frankfurter Zeitung" vorher gewarnt, während die rechtsstehende Presse noch am Tage des Truppeneinzuges in Berlin geleugnet habe. Von keiner Seite, von rechts oder von der Staatsanwaltschaft, was auf dasselbe herauskomme, seien irgendwelche Schritte unternommen worden, um den Behauptungen dieser Presse nachzugehen. Die Vernehmung des Angeklagten Klinkmüller, der in einer Liste als Regimentsführer bezeichnet wird, während er selbst angibt, es im Kriege nicht einmal zum Gefreiten gebracht zu haben, wird sodann durch die Vernehmung des Angeklagten Köster abgelöst. „Gegen diesen liegt nur wenig Material vor, und er will auch nichts mit der Roten Armee zu tun gehabt haben; im Gegenteil, auf Weisung seiner Partei hin habe er stets vor solchen Bestrebungen gewarnt. Das Gericht beschließt von selbst die Haftentlassung dieses Angeklagten. Der Vorsitzende spricht die Hoffnung aus, daß der Prozeß Mitte nächster Woche zu Ende gehen könne. Die Verhandlung wird sodann vertagt.

Tagesereignisse.

— **(Kein Abbau der Milchzwangswirtschaft.)** Aus dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wird den „Pol. Parl. Nachr." geschrieben: In weiten Kreisen der Oeffentlichkeit wird immer wieder die Meinung verbreitet, daß der Abbau der Zwangswirtschaft für Milch im kommenden Frühjahr geplant sei. Diese Annahme ist irrig. Um dem steigenden Bedürfnis nach Milch gerecht zu werden, wird darauf hingewirkt, unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Vorschriften, insbesondere der bestehenden Lieferungsbeziehungen, auf dem Wege der Lieferungsverträge mehr Milch für die milchnotleidende Bevölkerung zu beschaffen. Für Butter gilt das gleiche, da Milch und Butter organisch zusammengehören und eine abweichende Regelung der Butterwirtschaft die notwendige Frischmilchversorgung der Kinder und Kranken nach Ansicht der Regierung ernstlich gefährden würde.

— **(Ein deutsch-bulgarisches Handelsabkommen.)** Durch Notenaustausch, der am 19. Februar in Sofia stattgefunden hat, haben sich Deutschland und Bulgarien zunächst bis 9. August 1921 gegenseitig das Recht der Meistbegünstigung in allen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zugestanden. Dementsprechend sind die bulgarischen Zollbehörden bereits am 21. Februar angewiesen worden, alle deutschen Waren bei Vorlegung des ordnungsgemäßen Ursprungszeugnisses als meistbegünstigte zu behandeln. Die Ursprungszeugnisse können wahlweise von deutschen Handelskammern, oder Zollämtern oder von einem bulgarischen Konsulat in Deutschland ausgestellt werden.

— **(125 Millionen Kilo Munition auf belgischen Schlachtfeldern zurückgelassen.)** Die Ententestaaten haben wiederholt den Vorwurf erhoben, die deutsche Regierung liefere nicht alle vorhandenen Bestände an Munition ab, sondern verheimliche große Mengen. Dieser Hinweis, daß die deutschen Truppen auf ihrem Rückzuge 1918 bedeutende Bestände an Waffen und Munition haben liegen lassen müssen, ist bisher stets unbeachtet geblieben. In der belgischen Kammer hat nun nach einem Bericht der Zeitung „Le Peuple" der Minister für die nationale Verteidigung anläßlich einer Interpellation mitgeteilt, die deutschen Heere hätten auf den belgischen Schlachtfeldern ca. 125 Millionen Kg. Munition zurücklassen müssen, wovon sich noch 22 Millionen Kg. in Belgien befänden. Diese amtliche Erklärung ist für uns von großem Wert. Die mitgeteilten Zahlen lassen einen Schluß über die Menge des Materials zu, das auf der weit ausgedehnteren Front in Frankreich in die Hände der Alliierten gefallen ist.

— **(Die Wahlen zu den Landwirtschaftskammern.)** Der preußische Landwirtschaftsminister macht bekannt, daß nach der Wahlordnung zu den Landwirtschaftskammerwahlen auch dann gewählt werden muß, wenn nur ein Wahlvorschlag zugelassen worden ist. In diesem Falle gelten also die Bewerber nicht ohne weiteres als gewählt. Durch die Verlegung des Wahltermins auf den 20. März und die Verlängerung der Frist zur Einreichung von Wahlvorschlägen bis zum 5. März ist für die Wahlvorbereitungen ein längerer Zeitraum geschaffen. Deshalb ist anzunehmen, daß Wahlbezirke, für die nur ein Wahlvorschlag eingeht, in nennenswerter Zahl nicht mehr vorkommen werden.

— **(Der deutsche Steuereingang.)** Nach einer Mitteilung der „Vossischen Zeitung" über Voranschlag und Einnahmen im Reichshaushalt haben für die 9 Monate vom 1. 4. bis Ende Dezember 1920 beim Reichsnotopfer, und bei einer Reihe anderer Einnahmezweige die Einnahmen den Voranschlag für das ganze Jahr bereits überschritten. Dem Voranschlag gleich sind die Einnahmen der Kohlensteuer, Biersteuer, Schaumweinsteuer und anderer indirekter Steuern. Rückständig sind u. a. die Einkommensteuer, Kapitalertragsteuer, Umsatzsteuer und die Zölle. Die letzten 3 Monate dürften aber wachsende Erträge bringen, so daß der Abstand der Einnahmen von den Voranschlägen aufkomme, der Ende Dezember 15 Milliarden betrug, nicht nur durch die Einnahmen der Monate Januar bis März, sondern auch durch Mehreinnahmen besonders bei den direkten Steuern wesentlich verringert werden.

— **(Vorschlag des Reichsfinanzministeriums zur Aenderung der Abzugssätze.)** Da die bisherige Art des 10prozentigen Steuerabzugs sich nicht bewährt hat, weil sie eine Nacherhebung zur Folge haben müßte, die zweifellos auf große Schwierigkeit stoßen würde, hat der Reichsfinanzminister eine Denkschrift ausgearbeitet, die einen Vorschlag für eine vollständige Abgeltung der Einkommensteuer durch den Steuerabzug vom Arbeitslohn enthält und zwar in der Art, daß die Steuer bei jeder Lohn- und Gehaltszahlung erschöpfend erhoben wird, so daß nachträgliche Veranlagungen vermieden werden. Der Familienstand wird durch Abzug eines festen Betrages (jährlich 120 Mark, entsprechend einem steuerfreien Lohnbetrage von 1200 Mk.) für jede der auf den Arbeitslohn angewiesenen Person berücksichtigt. Bezieht der Steuerpflichtige außerdem noch ein Einkommen, so wird dieses selbständig der Besteuerung unterworfen, sofern er keinen gegenteiligen Antrag stellt. — Nach dem in der Denkschrift enthaltenen neuen Tarif beträgt der Abzug bei einem Einkommen bis zu 20 000 Mark 10 %, Einkommen über 20 000 Mark haben sofort 20 % zu entrichten, steigen auf 30 % bei einem Einkommen von 30 000 Mark. Von 30 000 bis zu 100 000 Mark steigt der Abzug in Abständen von 5% auf 50 %, bis zu 400 000 Mark beträgt er 55 % und darüber hinaus 60 %.

Westfalen und Rheinland.

Essen, 25. Febr. **(Die Bergbauangestellten zum Reichsknappschaftsgesetz.)** Der Gewerkschaftsbund der Angestellten (G. D. A.) hatte aus sämtlichen Bergbaurevieren Vertreter zu einer Tagung nach Hannover berufen, um die bis dahin in den einzelnen Bergbaurevieren von den Bezirksfachgruppen Bergbau des G. D. A. bezw. deren sozialpolitischen Kommissionen ausgearbeiteten Vorschläge zum Reichsknappschaftsgesetz zu formulieren und dem Reichsknappschaftsverbande und der Regierung als Material zu übermitteln. Aus der großen Anzahl wichtiger Abänderungsvorschläge waren in erster Linie die vollständige Loslösung der Angestelltenpensionskasse von der Arbeiterpensionskasse, ferner die Bestellungen besonderer Angestelltenälteste, die die Angestellten in den besonderen Ausschüssen, den Vorständen der Bezirksknappschaftsvereine und im Reichsknappschaftsrat zu vertreten hätten, zu nennen. Ferner soll die Kriegsdienstzeit doppelt bezw. die Hilfskriegsdienstzeit einmalhalbfach bei der Berechnung des Dienstalters angerechnet werden. Angestellten aus rein Knappschaftsbetrieben, die übergehen in gemischte Betriebe, soll auf Wunsch die Mitgliedschaft zur Knappschaft erhalten bleiben. Die Knappschaftsbeamten sollen im Privatdienstverhältnis bleiben und nicht den Charakter von Staatsbeamten erhalten. Die Arbeitsdienstzeit unter Tage soll bei Berechnung des Dienstalters höher bewertet werden als die Arbeitszeit über Tage. Die Alterspension soll nicht, wie im Entwurf vorgesehen, zu einem Bruchteil der Invalidenpension berechnet werden, sondern die volle Höhe der Invalidenpension betragen. Krankfeierzeit soll beitragsfrei sein, jedoch auf die Dienstzeit angerechnet werden. Außerdem wird ein Hausgeld für krankfeiernde Mitglieder zu zahlen sein, die einem Heilverfahren unterworfen und nicht krankenversichert sind.

Neuß, 24. Febr. **Durch syndikalistische und kommunistische Treibereien** war am 14. Januar bei der Firma Gnott u. Knorr, Spezialfabrik für Transportanlagen, ein Streik ausgebrochen. Obwohl die Mehrheit der Belegschaft schon seit langem nicht mehr hinter den Streikhetzern steht und die Unionisten ihr Unterstützungsversprechen nicht in zugesagtem Maße eingehalten haben, wird von den Unionisten unter Anwendung schlimmster Gewalt und wiederholten schwerer Mißhandlungen den Arbeitswilligen die Wiederaufnahme der Arbeit unmöglich gemacht. Nachdem nunmehr die Zustände so auf die Spitze getrieben worden sind, ist die Sicherheit der ganzen Neußer Industrie gefährdet, und die Gruppe Eisen der Arbeitgebervereinigung hat für Neuß und Umgegend ihren sämtlichen Mitgliedern aufgegeben, daß das Vertragsverhältnis zu den Arbeitern mit Wirkung vom 9. März zu lösen ist. Lehnert, der eigentliche Urheber des Elends, läßt sich nicht mehr sehen und versucht wahrscheinlich anderweitig die gleichen Machenschaften.

(TU) **Duisburg**, 26. Febr. **(30 000 Gewehrschäfte entdeckt.)** Wie die „Tel.-Union" erfährt, sind hier in den im Hafen gelegenen Lägern der allgemeinen Speditionsgesellschaft 30 000 Gewehrschäfte entdeckt worden. Am Freitag voriger Woche wurden 10 000 Gewehrschäfte in drei Waggons nach Bromberg verladen. Vor ungefähr 14 Tagen ging eine Schiffsladung mit Gewehrschäften nach Holland. Diese war in der Oberschicht mit Eisenbahnschwellen beladen. In Wesel haben die Belgier die Schiffsladung revidiert und die Gewehrschäfte gefunden, worauf ihre Vernichtung angeordnet wurde. Nähere Ermittlungen waren noch nicht zu erlangen.

Der Australier.

Roman von Hedwig Courths-Mahler.
(Nachdruck verboten.)

61. Fortsetzung.

„„Sprich, sprich, Mutterle Jansen — und gib mir eine recht schwere Aufgabe. Ich habe den beiden sowie. Dank abzutragen."

Die alte Dame nickte.

„Sollst dein Teil bekommen. Also höre zu — und was ich dir jetzt sage, darf eine Woche lang kein Mensch erfahren, hörst du — kein Mensch."

Erregt nickte Lotte.

„Ich beschwöre dir Stillschweigen, bei meiner Liebe zu Dagmar und Ralf."

„Gut, mein Lottekind, den Schwur nehme ich an, bis ich dich davon wieder entbinde. Nun höre, was du tun sollst. Am Donnerstag Vormittag kommst du im Schönauer Auto nach Berndorf. Hier gehst du sofort zu Dagmar und sagst ihr, sie soll sich sofort fertig machen, um dich nach Schönau zu begleiten, wo sie mit euch zu Mittag speisen soll. Dagmar muß auf alle Fälle mit dir fahren. Und du mußt auch Ralf sagen, daß du Dagmar bis zum Nachmittag nach Schönau abholst. Er muß euch abfahren sehen. Hast du verstanden?"

„Ja, ja, ich habe alles verstanden."

„Gut. Ihr fahrt also davon, aber nur bis zur nächsten Wegscheide. Dort läßt du das Auto halten. Schon vorher sagst du zu Dagmar, daß du sie nur unter einem Vorwand nach Schönau fortgelockt hast, und daß sie sofort mit dir hierher zurückkehren muß. Und du führst sie durch den Park nach dem kleinen Seiteneingang des Schlosses, aber so, daß euch hier vom Schloß aus niemand sehen kann."

„Was soll ich aber Dagmar sagen, weshalb ich sie so verstohlen zurückführe?"

„Sage ihr, ich hätte es so gewünscht, und es gälte Ralfs Glück. Sie müsse alles tun, was du ihr sagst."

Lotte nickte in zärtlicher Aufregung.

„Das wird alles geschehen. Und nun weiter."

„Durch den Seiteneingang geht ihr dann nach der kleinen, schmalen Treppe, die im Turme emporführt, bis zum ersten Stock. Du weißt, da führt eine Tür direkt in mein Schlafzimmer. Ihr werdet es unverschlossen finden. Und dort wartet ihr, bis ich zu euch komme. Dann werdet ihr das weitere erfahren."

„Und das ist alles?"

„Ja, Lottekind. Das Auto muß aber ruhig nach Schönau weiterfahren, es darf nicht leer nach Berndorf zurückkehren. Sonst könnte es Ralf sehen. Und er darf um keinen Preis erfahren, daß ihr ins Schloß zurückgekehrt seid. Verstehst du mich?"

„Ja, Mutterle Jansen. Verstanden habe ich alles, nur nicht, weshalb diese Heimlichkeiten vor Ralf nötig sind."

„Das wirst du später erfahren, Lottekind, wenn unsere Verschwörung hoffentlich gute Früchte gezeitigt hat. Also ganz geheimnisvoll müssen wir sein, Lotte, wie zwei richtige Verschwörer — sonst fliegt alles Glück zum Berndorfer Schlosse hinaus."

Mit großen Augen sah Lotte zu ihr empor.

„Ach, Mutterle Jansen, mir klopft das Herz!"

„Mir auch, mein Lottekind, aber wir müssen es klopfen lassen."

„Wird auch alles gut werden?"

„Wenn meine Augen nicht blind waren, Lottekind, dann wird alles gut. Und wir wollen beide zur Sicherheit noch recht innig darum beten. Also vergiß nicht, Donnerstag um elf Uhr vormittags bist du hier, und spätestens eine halbe Stunde später darauf mußt du mit Dagmar fortfahren. Gegen zwölf Uhr seid ihr dann in meinem Schlafzimmer und verhaltet euch da ganz still, bis ich zu euch komme. Hast du dir alles eingeprägt?"

Lotte wiederholte alles, was sie zu tun hatte.

Frau Jansen streichelte ihre Wangen.

„Ich sehe, du hast dir alles gut gemerkt. Und nun geh zu deiner Schwester und heitere sie ein wenig auf."

„Das will ich tun. Ich bringe sie dann mit herher. Ralf will zum Tee zurück sein und ihn mit uns einnehmen."

„Gut. Also — Schweigen, Lottekind."

Lotte hob den Schwurfinger und ging hinaus. Sie fand Dagmar blaß und traurig am Fenster ihres Zimmers sitzend und in den leise herniederfallenden Schnee blickend. Sie plauderte frisch drauf los, um Dagmar aufzuheitern und führte sie dann zu Frau Jansen hinüber.

Wenig später kam Ralf zurück und nahm mit den Damen den Tee ein. Aber er war unruhig und zerstreut und sah wieder so kühl und zurückhaltend in Dagmars blasses Gesicht, daß es sie bis ins Herz hinein fror.

* * *

Ralf Jansen hatte seinen Entschluß nicht geändert. In großer Eile, aber ganz im Stillen, traf er seine Reisevorbereitungen. Er hatte Anordnungen zu treffen für eine lange Abwesenheit und war froh, einen tüchtigen, zuverlässigen Verwalter zu haben. So hatte er nun noch viel zu besorgen und anzuordnen, da er am nächsten Donnerstag bestimmt mit dem Zweiuhrzug abreisen wollte.

Dagmar ahnte nichts von seinem Vorhaben. Sie sah ihn in diesen Tagen überhaupt sehr wenig, da er stets dringende Geschäfte vorschob, um nicht in ihrer Nähe sein zu müssen. Er war nicht in der Verfassung, daß er sich unbedingt auf seine Ruhe verlassen konnte.

An einem der letzten Abende daheim schrieb er einen langen, ausführlichen Brief an Dagmar — seinen Abschiedsbrief.

So vergingen die Tage schnell, wenn auch unter tausend Qualen.

Am Mittwoch machte Dagmar einen Besuch in Schönau bei ihrer Mutter. Diese Abwesenheit seiner Frau benutzte Ralf, um sein Reisegepäck unbemerkt fortschaffen zu lassen. Die Dienerschaft sollte doch nicht merken, daß er ohne Wissen seiner Frau verreiste. Wie lange er ausbleiben wollte, wußte niemand.

Er schickte also in Dagmars Abwesenheit seine Koffer nach dem Bahnhof, wo sie sein Diener gleich nach Hamburg aufgeben sollte.

Dann ging er zu seiner Mutter und übergab ihr den Brief für Dagmar.

„Verwahre ihn gut, Mutter, bis ich morgen abgereist bin", sagte er.

„Verlasse dich darauf, Ralf, Dagmar bekommt den Brief zur rechten Zeit", sagte sie mit fester Stimme.

Er sah sehr blaß und elend aus, und in seinen Augen brannte ein düsteres Feuer.

Von seiner Mutter ging er in Dagmars Zimmer. Es waren die schönsten im ganzen Schloß, und Ralf hatte sie nach Dagmars Wünschen neu und geschmackvoll herrichten lassen.

Langsam ging er durch die Räume, in denen noch der feine Duft ihrer Persönlichkeit hing. Auf ihrem Toilettentisch lag wie achtlos hingeworfen eines ihrer Spitzentaschentücher. Das nahm er an sich. Er preßte seine Lippen auf das Tuch und steckte es in seine Brusttasche. In seinem Gesicht zuckte verhaltene Qual.

Dagmar war, ahnungslos, was Ralf plante, nach Schönau gefahren. In Gedanken versunken, starrte sie auf der Fahrt vor sich hin. Sie fühlte sich sehr unglücklich. Voll heimlicher Angst merkte sie, daß sich Ralf ihr täglich mehr entfremdete. Alles in ihr schrie danach, ihn festzuhalten, sich ihn nicht entgleiten zu lassen. Aber sie fand seiner herb verschlossenen Miene gegenüber nicht den Mut, ihm zu zeigen, wie sich ihr ganzes Herz nach ihm, nach seiner Liebe sehnte. Voll Bangigkeit fragte sie sich, ob es schon zu spät sei, ob er sie in seinem Innern schon ganz aufgegeben hatte.

Was sollte sie tun? Ihn fragen, ob er sie nicht mehr liebe?

Das Blut stieg ihr ins Gesicht bei diesem Gedanken. Betteln um seine Liebe? Nein, das ließ ihr Stolz nicht zu!

Aber — hatte er nicht auch seinen Stolz vor ihr bezwungen, war sein Verhalten während ihrer Verlobung etwas anderes gewesen, als ein fortwährendes Bitten um ihre Liebe? Wollte sie stolzer sein als er?

Ihr Herz klopfte. Ach — wenn sie nur einmal wieder ganz allein und ungestört mit ihm sein könnte, daß sie es wagen konnte, sich ihm anzuvertrauen, ihn merken zu lassen, was er ihr geworden war. Aber er floh ja ihre Nähe, war nie mehr mit ihr allein. Einige Male hatte sie schon willens gewesen, sich seiner Mutter anzuvertrauen, ihr zu sagen, daß in ihrem Herzen die Liebe für Ralf erwacht war. Denn das wußte sie nun, daß sie Ralf liebte. Unter heißen Schmerzen war es ihr klar geworden. Es war nicht die jugendselige Liebe, die sie einst für Korff empfunden hatte, sondern ein ernsteres, heiligeres Gefühl, das ihr Wesen bis in die tiefsten Tiefen durchdrang.

Aber gerade, weil sie nun wußte, daß es Liebe war, was sie für Ralf empfand, gerade darum bebte sie davor zurück, ihrem Gatten Worte zu geben.

(Fortsetzung folgt.)

ungerichtet wird. Ob man das nun „Kommunalisierung" oder „Sozialisierung" nennt, ist nebensächlich. Auf die Wirkung für die Wirtschaft kommt es an. Dies gilt auch für den Fall, daß sich die Verbraucherkreise selbst zu Versorgungsgenossenschaften zusammenschließen sollten, um der Textilnot ein Ende zu machen. Wie wir erfahren, besteht in der Industrie durchaus die Absicht, den Plan des organisierten Einzelhandels tatkräftig zu unterstützen. Soweit noch Bedenken vorhanden sind, die sich aus der Verteilung der Notstandswaren ergeben, können sie durch zweckmäßige Ausgestaltung der Verkaufsorganisation beseitigt werden. Auch die Reichswirtschaftsstellen für die Textilindustrie billigen den Plan, sodaß es nur noch der Zustimmung der Reichs- und Landesbehörden bedarf. Diese ist wohl zu erwarten, denn ohne umfassende Maßnahmen ist der Textilnot nicht abzuhelfen. Nach den üblen Erfahrungen mit der Kriegswirtschaft eignet sich eine amtliche Reichsorganisation dazu nicht. Es muß auch endlich daran gedacht werden, den freien Handel überall seiner Bestimmung zuzuführen. Wenn es nicht gelingt, das Vertrauensverhältnis zwischen Käufer und Einzelhandel wieder herzustellen, wird unsere Wirtschaft dauernd krank bleiben.

Kasseler Kommunistenprozeß.

(TU) Für den 7. Verhandlungstag im Kasseler Kommunistenprozeß kündigte der Verteidiger, Rechtsanwalt Wolff, eine Sensation an. Französische Offiziere sollen erscheinen, um Nachforschungen nach dem angeblichen Aufmarschplan der Orgesch gegen Frankreich anzustellen, der nach einer Behauptung des Verteidigers in der vergangenen Woche aus der Kiste des Angeklagten Klingmüller verschwunden sein soll. Bis zur Mittagsstunde hat sich aber noch kein französischer Offizier eingefunden. Dann soll der als Zeuge geladene Gastwirt des Angeklagten Harbich, der bereits erwähnte Bergmann Auf der Straße, vernommen werden. Der Zeuge steht bei dem Angeklagten in dem Verdacht, daß er Spitzel in ihren Reihen gewesen ist und die Polizei auf ihre Spur gelenkt hat. Der Zeuge ist aber nicht erschienen. Er wird infolgedessen in eine Ordnungsstrafe von hundert Mark genommen. Während der Verteidiger behauptet, es sei von vornherein klar gewesen, daß der Zeuge nicht erscheinen werde, begründet der Vorsitzende das Ausbleiben damit, daß sich Auf der Straße strafbarer Handlungen bewußt sei. Dann wird ein Kriminaloberwachtmeister aus Essen vernommen, der die Haussuchungen bei dem Angeklagten Schroer vorgenommen hat. Er fand dabei einen Zettel des Inhaltes, einen genau bezeichneten Mann zu erschießen. Dieser Zettel befindet sich merkwürdiger Weise nicht bei den Akten des Gerichts.

Der Angeklagte Klinkmüller gibt an, es sei niemals eine Rote Armee geschaffen worden, sondern nur das Gerippe einer Abwehrorganisation. In den Papieren, die bei dem Angeklagten vorgefunden worden sind, ist auch von einer Gerichtskommission die Rede, die aus drei Kommunisten besteht. Die Kommission hat sich u. a. auch mit der Ablieferung von Waffen an die amtliche Waffenstelle durch Angehörige der Organisation zu befassen gehabt. Dann finden sich in den erwähnten Papieren nähere Angaben über die Gliederung der Roten Armee in Regimenter, Bataillone und Kompagnien. Ferner werden verschiedene Bataillonsführer genannt. Unter den Papieren befinden sich auch Andeutungen über das Vorhandensein einer Geiselliste in Düsseldorf. Regen Interesse begegnet in der Verhandlung eine „Beschreibung der Formationen der R. A.". Darin ist u. a. auch genau festgelegt, welche Tätigkeit die Bezirksfeldwebel zu entfalten haben. Bei einer eventuellen zwangsweisen Aushebung sollen sie sich der Einwohnermeldeämter bedienen. Ferner finden sich in dieser Beschreibung Mitteilungen über die militärische Oberleitung zu Berlin, die aus sechs Personen besteht. Für sie liegen auch Deckadressen vor. Unter den Aufzeichnungen Klinkmüllers ist eine Resolution von besonderem Wert, die am 24. August in einer Versammlung der Führer und Unterführer der Roten Armee von Düsseldorf gefaßt worden ist. Die Versammelten stellen sich darin einmütig hinter die M. O. L. (Militärische Oberleitung) und sprechen dieser ihr volles Vertrauen aus. Verleumdungen, die gegen sie erhoben worden sind, werden mit Entrüstung zurückgewiesen. Schließlich werden in dieser Resolution die Betriebsräte ersucht, der R. A. die erforderlichen Gelder zur Verfügung zu stellen. Die Verhandlung wird sodann vertagt.

Lohnabbau im Saarbergbau.

(W) Zu den wiederholt eingelegten Feierschichten im Saarbergbau soll nunmehr der Lohnabbau treten. Die französische Bergwerksdirektion hat den Organisationen der Bergarbeiter mitgeteilt, daß nur durch den Abbau der Löhne vom 15. März ab die Gestehungskosten verringert werden könnten. Die Direktion hofft mit einem 15 bis 20 Franken die Tonne billigeren Kohlenpreis die alten Absatzgebiete zu halten und neue zu gewinnen. Der Abbau der Löhne um 4 Franken die Schicht sei das Mindeste, was die Arbeiterschaft tragen müsse. Die gesamte Saarindustrie würde sonst unterliegen und Not und Elend über die gesamte Arbeiterschaft kommen. Die Organisationen der Arbeiter erlassen einen Aufruf an ihre Mitglieder, in dem sie erklären, daß jetzt die schwerste Belastung der Arbeiter im Saargebiet gekommen sei. Die Arbeiterschaft müsse gerüstet sein. Aber die Ruhe und gewerkschaftliche Disziplin müßten aufs äußerste gewahrt werden.

Ein Sieg der Saarregierung.

(W) Eine von den großen Verbänden der Eisenbahner, nämlich dem Deutschen Eisenbahnerverband, der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und dem Allgemeinen Eisenbahnerverband, einberufene außerordentlich stürmisch verlaufene Versammlung faßte einstimmig die Entschließung, bei der Regierungskommission sofort die Einführung der Frankenlöhnung zu fordern. In dieser Frage ist die Eisenbahnerschaft des Saargebiets in zwei Lager gespalten. Mit diesem im deutschen Interesse sehr zu bedauernden Entschluß sind die Eisenbahner des Saargebiets leider den Wünschen gefolgt, die sich durch geschickte Machenschaften im Interesse der deutschfeindlichen Werbetätigkeit Erfolge zu sichern wissen. Ein weiterer Schritt in bezug auf die allgemeine Einführung der Frankenwährung ist damit getan.

Eine internationale Kundgebung gegen die Pariser Beschlüsse.

Die internationale Vereinigung christlicher Fabrik-, Transport-, Nahrungs- und Genußmittelarbeiterverbände beschäftigte sich auf einer Tagung in Nymwegen mit den Pariser Beschlüssen und erließ folgende einmütig gefaßte Kundgebung: An die Arbeiterschaft der gesamten Welt: Die Pariser Beschlüsse der verbündeten Mächte zur Wiederherstellungsfrage sind für die gesamte Arbeiterschaft der Welt von weittragender Bedeutung. Die Deutschland aufzuerlegenden Bedingungen wären nur dann zu erfüllen, wenn die deutsche Produktion um ein Vielfaches gesteigert würde. Die Folge wäre eine Ueberschwemmung des Weltmarktes mit deutschen Produkten und damit eine ungeheure Steigerung der Arbeitslosigkeit in den übrigen Staaten. Die Erfüllung der Bedingungen wäre auch kaum dadurch möglich wenn die deutschen Arbeiter gezwungen würden, täglich 10 bis 15 Stunden zu arbeiten. Dies würde die Beschlüsse der Washingtoner Konferenz bezüglich des Achtstundentags illusorisch machen. Die internationale Vereinigung christlicher Fabrik-, Transport-, Nahrungs- u. Genußmittelarbeiterverbände richtet daher an die Arbeiterschaft der Welt den dringenden Appell, die Pariser Beschlüsse zu ihrer eignen Angelegenheit zu machen und alles zu tun, um die drohenden Gefahren abzuwenden.

Hütet euch vor der Fremdenlegion!

Im ganzen Reiche macht sich seit Monaten eine rege Werbetätigkeit für die französische Fremdenlegion bemerkbar. Die Anwerbung von Deutschen für die Fremdenlegion seitens Frankreichs erhält den Anschein von Berechtigung durch einen Zusatz zum Artikel 179 des Friedensvertrages, der bestimmt, daß Frankreich auch künftig die Fremdenlegion gemäß den französischen Gesetzen rekrutieren, das heißt also, auch weiterhin Deutsche in die elbe einstellen darf. Frankreich ist in dieser Bestimmung natürlich nicht das Recht eingeräumt worden, auf deutschem Boden zu werben. Eine Werbung von Deutschen für ein fremdes Heer ist im § 141 des St.-G.-B. mit schweren Strafen belegt. In der letzten Zeit ist es zum Glück mehrmals gelungen, Werber, die fast ausnahmslos im französischen Dienste stehende Deutsche sind, bei der Ausübung ihres schändlichen Gewerbes abzufassen. Die Propaganda wird vor allem unter entlassenen Reichswehrangehörigen betrieben. Mit schönen Versprechungen suchen die Werber ihre Opfer zu umgarnen. Von der Fremdenlegion sagt man ihnen meist nichts. Um so mehr muß immer wieder vor solchen Werbern gewarnt werden. Das Schicksal der Legionäre kann nicht schwarz genug gemalt werden. Die dort verhängten Strafen stehen in keinem Verhältnis zu der begangenen Tat. Schon bei den kleinsten Vergehen, z. B. beim Verlust einer Halsbinde, tritt das Kriegsgericht in Tätigkeit. Alle Strafen müssen nachgedient werden, so daß meist die fünf Jahre, zu denen sich der Angeworbene verpflichten muß, um eine Reihe von Jahren verlängert werden. Die Löhnung ist ganz gering. Sie beträgt jetzt 25 Centimes. Entsprechend den Anstrengungen, die in dem mörderischen Klima von den Legionären gefordert werden, sind die Verluste außerordentlich hoch: sie betragen nach einer französischen Statistik 80 Prozent. Ueber ¼ Million Deutsche sind in der Fremdenlegion zugrunde gegangen. Uebrigens sind die Legionäre in erster Linie Arbeiter und erst in zweiter Soldaten. Die Legionäre verrichten die gefährlichsten und beschwerlichsten Arbeiten, für die den Franzosen die eigenen Landsleute zu schade sind. Die außerordentlichen Verluste der Fremdenlegion während des Krieges, die Vergrößerung der französischen Kolonien haben dazu geführt, die Truppe, die bisher nur aus 2 Regimentern bestand, beträchtlich zu vermehren. Durch Verwendung der fremden Söldner spart Frankreich die Söhne des eigenen Landes. Von jeher waren die Deutschen das beste Material für die Fremdenlegion. Daher richtet Frankreich sein Augenmerk wieder auf Deutschland, wo jetzt nach dem Kriege der Boden für seine Werbetätigkeit gut vorbereitet ist. Der Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse arbeitet den Werbern in die Hände. Auf die Not der Zeit spekuliert Frankreich. Um so mehr aber gilt es, aufzuklären und zu warnen: Hütet euch vor der Fremdenlegion!

Weitere Nachrichten.

— **(Am 20. März Abstimmung in Oberschlesien.)** Vom Abstimmungsausschuß wird jetzt amtlich mitgeteilt, daß die Volksabstimmung für alle Stimmberechtigten am Sonntag, den 20. März, vorgenommen werden solle.

— **Zur Frage der Kabinettsbildung** erfahren die Blätter aus politischen Kreisen, daß der Vorsitzende der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei an die anderen Reichskoalitionsparteien ein Schreiben gerichtet hat, in dem er vorschlägt, die Verhandlungen über die Bildung einer einheitlichen Koalition im Reiche und in Preußen bis nach der Londoner Konferenz zu verschieben. Laut „Voss. Ztg." sei anzunehmen, daß dieser Vorschlag, der auch den Wünschen der Sozialdemokratie Rechnung trägt, befolgt wird.

— **(Drohende nationalistische Kundgebungen?)** Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" hatte gestern morgen eine Warnung vor unüberlegten Handlungen erlassen, die von rechts und von links angesichts der drohenden außerpolitischen Gefahren nicht unmöglich seien. Es liegt aber beim Berliner Polizeipräsidium, wie das „Berl. Tagebl." hört, keinerlei positives Material über eine geplante nationalistische Kundgebung vor. Zurzeit sind große Ermittlungen im Gange, um zu prüfen, ob die Angaben der „Deutschen Allg. Ztg." auf Wahrheit beruhen. In diesem Falle hat die Polizeibehörde dafür Sorge getragen, daß derartige Demonstrationen, die die schwersten außenpolitischen Folgen haben könnten, unbedingt verhindert werden.

— **(Das Urteil gegen Dr. Stölzel.)** Der Prozeß gegen den braunschweigischen Landesschulrat Stölzel, der früher in Berlin-Wilmersdorf Oberlehrer gewesen ist, wurde gestern nach achttägiger Dauer zu Ende geführt. Der Angeklagte wurde wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt.

— **(Die Hafung des Betriebsrates.)** Der Betriebsrat eines Werkes in Sachsen hatte durch Drohungen die Entlassung eines ihm mißliebigen Meisters erzwungen. Der auf solche Weise um Brot und Stellung gebrachte Meister nahm die Firma auf Schadenersatz in Anspruch. Die Firma wurde verurteilt und verklagte nun ihrerseits den Arbeiterrat auf Ersatz des an den Meister gezahlten Lohnes. Das Landgericht Dresden gab dem Antrage des Werkes nach und entschied dahin, daß die Mitglieder des Arbeiterrats als Gesamtschuldner für den entstandenen Schaden aufzukommen haben.

Kleine Nachrichten.

Wie der Berl. Lok.-Anz. berichtet, wurde zum Landrat des Kreises Eschwege der kommunistische Landrat Langer in Kassel ernannt.

Der frühere Oberbürgermeister der Stadt Essen, Geh. Regierungsrat Holle, ist zum Oberverwaltungsgerichtsrat ernannt worden.

Aus Boulogne wird dem „Matin" gemeldet, daß die 2. Kolonialdivision, deren Garnison in Toulon ist, den Befehl erhalten hat, keinen Urlaub mehr zu bewilligen und die Abreise nach den Kolonien bis auf weiteres einzustellen.

Im Hamburger Holzgewerbe wird es zur völligen Aussperrung der Arbeiter kommen. Die Arbeitgeber wollen sämtliche Fegereibetriebe schließen, weil in einzelnen Betrieben, wo viel Arbeit vorlag, ein wilder Streik ausgebrochen ist. Die Streikenden haben eine bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit abgelehnt.

Neueste Nachrichten

Französischer Stimmungswechsel gegen Deutschland.

(TU) **Paris**, 25. Febr. Der „Petit Parisienne" erfährt, daß die deutschen Gegenvorschläge wahrscheinlich zwei bestimmte Angaben enthalten werden, nämlich: die Gesamtsumme, die Deutschland anbietet und die Summe, die sofort mit Hilfe einer internationalen Anleihe bezahlt werden kann. General von Seeckt geht auf jeden Fall nach London. Man glaubt deshalb, daß dort auch über die Entwaffnung gesprochen werden wird. — Der „Petit Parisienne" bemerkt, wenn Deutschland mit Vorschlägen kommt und das Zerstörte in Nordfrankreich aufbauen hilft, so ist es nicht unmöglich, daß man in Frankreich diesen Vorschlägen nicht mehr absolut ablehnend gegenübersteht. Bemerkenswert ist ein Aufsatz Hervés im „Victoire", der sich mit dieser Frage beschäftigt und sie selbst mit den Worten beantwortet: Warum nicht? Er sieht die großen Vorteile dieser Lösung in der Schnelligkeit des Wiederaufbaues und hebt hervor, daß Deutschland über zahlreiche gut geschulte Kräfte verfügt. Je schneller Nordfrankreich wieder aufgebaut werde, desto rascher werde Frankreich seine frühere industrielle Macht wiedererlangen. Die neu gegründete syndikalistische Tageszeitung „Le Peuple" erklärt, daß die Bevölkerung Nordfrankreichs schon lange erkannt habe, daß ein von den Deutschen gebautes Dach ihr lieber sei als überhaupt kein Dach.

Ein Zwischenfall auf der Londoner Konferenz.

(TU) **London**, 25. Febr. Peinliches Aufsehen erregt das Auftreten der Vereinigten Staaten in der Pariser Völkerbundsberatung. Der amerikanische Botschafter hat ein Schreiben eingereicht, laut welchem die Aufteilung der Verwaltungsmandate solange vertagt werden soll, bis die amerikanische Regierung eine Mitteilung ergehen läßt. In London hat man für diesen amerikanischen Einspruch noch keine Erklärung gefunden. Man befürchtet, daß diese Maßnahme getroffen worden sei, um erst die Entscheidung gegenüber Deutschland auf der Londoner Konferenz abzuwarten.

Botschafterkonferenz und Danziger Waffenindustrie.

(TU) **London**, 25. Febr. Die Botschafterkonferenz hat gestern morgen unter dem Vorsitz Paul Cambons eine Sitzung abgehalten. Sie beschäftigte sich mit der Frage des Fluggeräts, das in Schleswig und Danzig aufgefunden worden ist. Die Konferenz beschloß, Delegierte nach Danzig zu entsenden, um das Material in Empfang zu nehmen. Weiter beschloß die Konferenz, der Gesellschaft der Nationen eine Note zu überreichen über die Waffenfabriken in Danzig, die fortfahren, Waffen herzustellen und auszuführen, Marschall Foch wohnte der Sitzung bei.

Konzert, Theater 2c.

Kamen, 26. Febr. **(Gesangverein „Auguste Viktoria", Kamen.)** Zum zweiten Male gab der Verein am Samstag, den 19. Februar, die Operette „Winzerliesel". Wie zu erwarten, wiederum ein volles Haus und ein befriedigtes Publikum. Der wirklich schöne Abend wurde mit zwei herrlichen Liedern eröffnet. Der Gesangsleiter Herr Dirigent Rumpf sorgte dafür, daß der Verein seinen alten Ruf treu bewahrte, die Sänger folgten willig seinem Taktstock. Dann begann durch Einleitung der Musik die Operette. Die Vorführungen waren für die Spieler eine Glanzleistung, und eben darum sei der Wert der Darbietungen kurz hervorgehoben. Herr W. Rolf gab, wie immer in seinen Charakter-Rollen, den Vater Werner vorzüglich lebenswahr. Frau Schule als Gräfin v. Steinen war wieder ganz die Alte, wie sie bei uns bekannt und beliebt. „Winzerliesel", Frl. L. Walter, mit ihrem Partner Herrn Burgdorf als Graf v. Steinen, leisteten in diesen Rollen, die schwierig im Gesang wie im Spiel, ihr Möglichstes und kargte das Publikum auch nicht mit dem Applaus. Frl. Woiack als Komtesse spielte gut und war der Versuch, sich in den Adelsstolz hineinzudenken, immerhin eine Leistung. Dasselbe gilt auch von ihrem Partner Herrn Joh. Kneuper als Sekretär. „Winzermax", Herr Langhorst, paßte ganz in seine Rolle und wirkte in seiner Schlichtenheit und Treue zur „Winzerliesel" sehr natürlich. „Euphrasine Blütenschnee", Frl. Lofcheck, sowie Herr Karl Walter als „Nepomuk Liebespinsel", waren wiederum zwei ebenbürtige Spieler, und trug ihre Komik sowie das lebendige Spiel viel, wohl am meisten, zur Unterhaltung bei. Wunderschön wirkte der Amor-Reigen und spendete auch hier das Publikum reichlich Beifall. Zum Schluß möge auch des Chores noch anerkennend gedacht werden. Da es die erste Operette war, welche von den Spielern des Vereins gegeben wurde, so darf wohl behauptet werden: Nur außerordentliche Mühe und große Hingabe konnten ein solches Spiel zu Wege bringen. Es mag noch der Herzogschen Kapelle gedacht werden, welche durch gute und exakte Begleitung den Spielern getreu zur Seite war. Der Verein hat beschlossen, aus dem Erlös des Abends tausend Mark für das hiesige Armenhaus zu stiften und da, wie man hörte, wohl noch eine Aufführung zu guten Zwecken stattfinden soll, so wünschen wir dem Verein auch dann noch einmal ein volles Haus.

Kamen, 26. Febr. **(Theaterabend.)** Am Sonntag, den 13. Februar, veranstaltete der Turnklub „Eichengrün" seinen diesjährigen Theaterabend. Der Drögesche Saal war bis auf den letzten Platz besetzt. Hieraus zu schließen, muß der Verein wohl bald wieder seine altgewohnte Höhe erreicht haben, die er vor dem Kriege hauptsächlich im Turnerischen innehatte. Das Volksstück: „Wenn die Abendglocken läuten" wurde von den Vereinsspielern sehr gut wiedergegeben. Die Spielleiter hatten es verstanden, ein gutes, der heutigen Zeit entsprechendes, ernstes mit Humor durchwirktes Stück zur Aufführung zu bringen. Aber auch die Originalposse „Variete-Zauber" ging glatt über die Bretter. Es war ein urkomisches Stück, wobei die Besucher nicht aus dem Lachen herauskamen. Der starke Applaus, der den Spielern zuteil wurde, zeugte von der guten Vorführung der Stücke. Aber nicht nur im theatralischen steht der Klub seinen Mann, sondern auch im turnerischen, denn das sahen wir auf dem Ringerabend des Athletenklubs „Attila", wo der Pokal der Stadt Kamen ausgerungen wurde. Nach erbitterten Kämpfen gelang es dem Turner Theodor Becker, langjähriges Mitglied des Turnklubs „Eichengrün", unter tosendem Beifall den Pokal der Stadt Kamen zu erringen. Hier sehen wir wieder einmal, daß nicht die Körperkräfte allein, sondern auch die Technik eine große Rolle dabei spielen.

Kirchliche Nachrichten.

Ev. Gemeinde Kamen.

Paulskirche. 10 Uhr: Pastor Philipps. — Lutherkirche. 9 Uhr: Pastor Giesecking. 11¼ Uhr: Kindergottesdienst, Pastor Ewald. 3 Uhr: Kirchentaufen, Pastor Giesecking. — Kapelle in Lerche. 9½ Uhr: Pastor Ewald. — Passionsgottesdienst. Mittwoch 8 Uhr: Pastor Philipps.

Wetterbericht.

27. Febr.: Veränderlich, milde, windig.
28. Febr.: Wolkig, meist trocken, feuchtkühl.
1. März: Wolken, Niederschläge, naßkalt.
2. März: Wolkig, Sonne, Tags milde, Nachts kalt.
3. März: Kaum verändert.
4. März: Tags angenehm, Nachts kalt.
5. März: Sonne, Wolken, windig. Nachts kalt.

Empfehle billigst:

Ia. helles Backöl	Liter	14.75
Ia. Schweineschmalz	Pfund	12.50
Ia. geräuch., durchw. Speck		16.00
Ia. Vollreis	Pfund	2.75
Ia. Linsen	Pfund	3.25
Ia. Graupen	Pfund	2.75
Ia. gebrannte Gerste	Pfund	3.70
Ia. Kernseife	Stück	2.00
Ia. Kernseife	Doppelstück	4.75
Ia. kondensierte Milch	Dose	8.00
Ia. Margarine	Pfund	9.75
Ia. Wan-Eta-Kakao	Pfund	22.00

Kaufhaus für Lebensmittel

P. Bickmann

Telephon 373. KAMEN Weststraße 21

Empfehle mich
zur Anfertigung von
Damen- u. Kindergarderobe
aller Art. p978
Frau Franz Hülsmann,
Weddinghofen 62a.

Auf Grund des § 105 a R.-G.-O. und der Ermächtigung des Herrn Regierungs-Präsidenten vom 3. 2. 1921 I. 19 Nummern 261, betr. Sonntagsruhe im Handlungsgewerbe, wird in Ergänzung unserer Bekanntmachung vom 12. 2. 1921 der Handel mit Rauchwaren an sämtlichen Sonn- u. Festtagen widerruflich von 11—1 Uhr mittags mit der Einschränkung zugelassen, daß diese Ausnahmebestimmung nur für Spezialgeschäfte für Rauchwaren gilt. Die Beschäftigung von Angestellten während der freigegebenen Geschäftszeit ist untersagt. 987

Kamen, den 22. Februar 1921.

Die Polizei-Verwaltung: Dr. Wiesner.

Holzverkauf

Erben Schulze-Pelkum lassen am **Donnerstag, den 3. März, morgens 10 Uhr** anfangend, auf Haus Beck, Forstort Papenbusch

55 Haufen eichenes Durchforstungsholz, sowie 13 Haufen Rottannen und Kiefern

zu Frechtungsstangen, Baumpfählen und Brandholz geeignet, nummerweise öffentlich meistbietend verkaufen. 991

Pelkum, den 25. Februar 1921.

Die Gutsverwaltung: Fickermann.

Kranke Frauen Männer

welche bisher keine Hilfe fanden, versuchen Sie mein komb. Heilverfahren bei

Beinschäden als Krampfadern, Entzündungen, Geschwüren, geschwollenen Beinen, Steifheit, eingewachsenen Nägeln, **Hautleiden**, jeder Art Flechten, Krätze, Hautverdickung, Hautschrunden, Hühneraugen usw.

Frauenkrankheiten, Blutarmut, Bleichsucht, Nerven-, Magen-, Gallen- und Leberleiden, Gicht und Rheumatismus, Wassersucht, Krämpfe (Fallsucht).

Bandwurm, Spul- und Madenwürmer werden in 2 Stunden schmerz- und gefahrlos entfernt.

Bruchleiden werden operationslos nach dem Dr. Reimannschen Heilsystem behandelt.

Nieweis Naturheilinstitut Dortmund,
Liebfrauenstraße 20 an der Liebfrauenkirche.
Aeltestes Institut am Platze. Keine Dankschreibenreklame.
Sprechstunden täglich (außer Dienstags) von 9 bis 12 Uhr und 2 bis 5 Uhr, Sonntags nur vormittags. p80

Umgepresst
wird jeder
Herren-Hut
für nur **17.50 Mk.** in eigener Werkstatt.
Gebr. Keil, Kamen,
Bahnhofstrasse 445.77 447

Gut erhaltener, einfacher
Schreibtisch (Amerikaner) mit Sessel
wegen Platzmangel zu verkaufen. 979
Hammerstraße 196.

Die Verlobung ihrer Tochter Johanna mit Herrn Betriebs-Ingenieur Hellmuth Schlüter zeigen an

Wilhelm Volkermann und Frau
Wilhelmine geb. Schulze-Frieling.

Kamen, im Februar 1921.

Johanna Volkermann
Hellmuth Schlüter
Verlobte.

Kamen i. W. Mülheim a. d. R.

947

Elfriede Tillmann
Ludwig Kümper
Verlobte.

Kamen, im Februar 1921.

977

Anny Spieth
Gustav Schachtsick
Verlobte.

Kamen, den 27. Februar 1921. 988

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, heute morgen 11 Uhr unser liebes Töchterchen und Schwesterchen

Elfriede

im zarten Alter von 8 Monaten zu sich in den Himmel zu nehmen. 989

Um stille Teilnahme bittet

Familie Konrad Lehn.

Kamen, den 25. Februar 1921.

Die Beerdigung findet am Montag, den 28. Februar, nachmittags 3½ Uhr, vom Trauerhause Nordenmauer aus statt.

Gebr. Hochheimer, Kamen i. W.
Mitglied d. Verbandes deutscher Sportgeschäfte e. V.
Einkaufsstätte für Vereine und Private.

Fernruf 24.

Vereins- u. Privat-	Turn-, Sport-, Spiel	Vereins- u. Privat-
Fahnen aller Art nebst Zubehör.	— **Geräte** — **Bekleidungen** und **Ausrüstungen**	**Mützen** aller Art nebst Abzeichen.

Fernruf 24.

Lieferung kompletter Vereins-Ausstattungen sowie aller Art Dekorationen und Illuminationen.
— Vereins-Bedarfs-Artikel. — 981

Bekanntmachung.

Bei dem durch die Plakate bekanntgegebenen

Großen Preisschießen

beim Wirt Ernst Menne, Kamen, Westfstr. kostet das Los 3 Schuß nicht 3.00 Mk. sondern

1 Los 3 Schuß 1.00 Mark. 986

Margarine

Von führender Margarinefabrik mit Zentrallager in Dortmund, wird für den Platz Kamen und Umgegend ein bei Kolonialwarenhändlern, Bäckern und Metzgern gut eingeführter, rühriger

Vertreter gesucht.

Angebote mit Referenzangaben erbeten unter **963** an die Geschäftsst.

Fr. Brinkmann
begl. Vertreter von
Pastor Felkes Heilweise
Unna, Bahnhofstraße 49
Sprechstunden: Dienstags und Freitags von 9 bis 6 Uhr. 77

Sie erhalten bei mir auf **Teilzahlung**

Herren-Anzüge
Burschen-Anzüge
Paletots, Schlüpfer
Coverkoats
Kleiderstoffe zu Konfirmations- u. Kommunion-Kleidern 672
sowie alle **Manufakturwaren.**
Bequeme **Abzahlungen.**

Max Mischkowski
Dortmund, Steinstrasse 60.

Halbe Minute vom Nordausgang des Hauptbahnhofs.

Evangl. Arbeiterverein Kamen.

Sonntag, den 27. Febr., nachm. 5½ Uhr, im Vereinslokal p990

Monats-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Zahlung d. Beiträge.
2. Vortrag des Herrn Pastor Philipps. „Das proletarische Kultur-Idol."
3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Feuerwehr-Versammlung

d. Feuerwehr Weddinghofen am Sonntag, den 27. d. Mts., nachm. 3 Uhr, im Vereinslokal.

Tagesordnung:
1. Wahl des Vorstandes.
2. Zahlung d. Beiträge.
3. Aufnahme neuer Mitglieder.
4. Verschiedenes. 972

Der Vorstand.



Sonntag und Montag sind große u. kleine

Schweine

und 3 tragende

Sauen

zu haben bei p983

von der Heide,
Schlachthofstraße 44.



Sonntag u. Montag sind große und kleine

Schweine

zu haben bei p970

H. Bonhoff,
Unnaerstraße,
Telephon 216.

Saanenziegen
tragend. prima Tiere,

Lämmer
auch tragend, versendet unter Garantie

Robert Kettschau,
Warburg i. W. 112.

Lichtspielhaus Knieben
Unna.

Freitag, Samstag und Montag 7½ Uhr: Abendvorstellung.
Sonntag von 1 Uhr an ununterbrochen.

Heute Beginn der Aufführungen
des mit einem bisher noch nie gekannten Kostenaufwande geschaffenen, seit Bestehen der Kinematographie von Presse und Publikum als gewaltigstes Filmwerk erklärten Schauspiels

ANNA BOLEYN

Die gigantische Filmtragödie, der größte Liebes-Roman aller Zeiten in 6 Monumental-Riesen-Akten.

Die überaus schwierige Rolle der unglücklichen „Anna Boleyn" kann nur dargestellt werden von der unerreichten und beliebtesten Künstlerin

Henny Porten.

Als Darsteller des Königs Heinrich VIII. wurde

Emil Jannings

gewonnen.

Die in „Anna Boleyn" gezeigten tragischen Ereignisse bilden gewissermaßen den Auftakt zu den Geschehnissen, welche Schiller in seiner „Maria Stuart" einem weiten Kreise zugänglich gemacht hat. Sie illustrieren in trauriger Wahrheit den Leidensweg der unglücklichen „Anna Boleyn", die als Gattin König Heinrichs VIII., einem Gemußmenschen und Wüstling höchsten Grades, von diesem selbst dem Schafott überliefert wurde.

Um einem jeden Gelegenheit zu geben, sich dieses größte Filmwerk anzusehen, haben wir uns entschlossen, trotz der enorm hohen Unkosten keine Preiserhöhung eintreten zu lassen.

Ferner die Fortsetzung des mit beispiellosem Erfolg aufgeführten Abenteuer-Detektiv-Schlagers

Flametti 2. Teil
„Das Gespensterschiff"

Eine tollkühne Verbrecherjagd mit dem berühmten Detektiv Nic Carter in der Hauptrolle.

Mit eiserner Energie verfolgt Nic Carter die Gauner. Mit allen Schlichen dieser abgefeimten Verbrecher vertraut, bildet er für sie den größten Schrecken. Durch blitzschnelles Handeln entlarvt er den Führer und macht das weitere gefährliche Treiben der Bande zunichte. Der Film ist auch für alle diejenigen verständlich, die den ersten Teil nicht gesehen haben.

In Erwartung eines großen Andranges, bitten wir, möglichst die Wochentags-Vorstellungen zu besuchen. 971

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten u. Kriegsteilnehmer Ortsgr. Kamen

veranstaltet am **Sonntag, den 27. Febr. 1921,** beim Wirt H. Nagel, Westentor, einen

großen Ball
mit Verlosung.

Die Musik wird ausgeführt vom
Bandoneonklub „Edelweiß"
Anfang 5 Uhr. Anfang 5 Uhr.

Um 3 Uhr nachmittags:
Mitglieder-Versammlung.
Wichtige Tagesordnung.
Um zahlreichen Besuch bittet

988 **Der Vorstand.**

Sonntag, den 27. Februar, von 4—6 Uhr, im Hotel zum **„Roten Hirsch"**

Grosses Konzert

Zu regem Besuch ladet freundlichst ein. 983

Der Wirt Josef Dietrich.

Anzeigen aller Art
inseriert man erfolgreich in der
Kamener Zeitung.

Heirat!
Viele vermög. Damen wünschen sich bald glückl. zu verheiraten. Herren, w. auch ohne Vermögen, erhalt. sof. Ausk. d. **Concordia Berlin C., Postamt 34.**

Das selbsttätige

Persil Persil Persil Persil Persil Persil

gibt **blendend weiße Wäsche.**
ersetzt die **Rasenbleiche.**
macht **Wollwäsche** locker und grillig.
schont und **erhält** die Wäsche.
spart Zeit, Arbeit, Seife und Kohlen.
wäscht schnell, billig und gut!

Alleinige Fabrikanten: HENKEL & CIE., DÜSSELDORF.

Waschmittel

Bruchkranke
können ohne Operation und Berufsstörung geheilt werden. Sprechstunde in Dortmund, Hotel Westfalenhof, Burgwall 10/12 am 1. 3. 21, von 9—1 Uhr.
Dr. med. Knopf 1283
Spezialarzt für Bruchleiden.

Asthma
kann geheilt werden. Sprechstunden in **Dortmund**, Hotel Westfalenhof, Burgwall 10/12, jeden Dienstag von 9—1 Uhr. Dr. med. Alberts, Spezialarzt, Berlin-S. W. 11. p636

Mobiliarverkauf.
Oberaden.

Donnerstag, den 3. März, nachmittags 4 Uhr, werde ich im Auftrage des Vormundes der minorennen Erna Seißmann, am Hause des Herrn B. Seißmann in Oberaden folgende Sachen: **1 Bettstelle mit Matratze und Bett, 1 Aurichte, 1 Regulator, 1 Fahrrad,** öffentlich, meistbietend gegen Barzahlung verkaufen.
Heil. 945
Brüggemann.

Teile den geehrten Bewohnern von Kamen und Umgegend mit, daß ich meine Wohnung von Rottstraße 7 nach **Rottstraße 24** verlegt habe bei Ww. Gröner Parterre. Bei vorkommendem Bedarf halte ich mich bestens empfohlen. 952

Karl Bänker,
Zigarrenmacher.

Achtung!
Bin wieder im Besitze von guten holländischen **Stuhlbinsen** zum Anfertigen von 1950

Stühlen

auch in **Rohrflechterei.**
Demand,
Rottumerstraße 11.

Feld- und Gartensämereien 951
sowie **Rotklee, Weißklee, Grassamen und Runkelsamen** empfiehlt

Wilh. Nielinger
Oberaden.

Ein gut erhaltener

Kleiderschrank

2 tür. **Kommode** und eine zweischl. **Bettstelle** zu verkaufen. p974

Bergkamen,
Bismarckstraße 39.

Ein tragendes

Milchschaf

zu verkaufen. 973
Zu erfragen in der Geschäftsstelle.

---

30 bis 45 Mark tägl.
Nebenverdienst, nachweislich bei nur 2—3 Stunden Tätigkeit. Prospekt No. 357 gratis. P. Wagenknecht Verlag, Leipzig. p52

Lehrling
gesucht.
Otto Edelmann,
Maler- u. Anstreichermeister. 976

Sohn ordentlicher Eltern erhält sofort oder Ostern

Lehrstelle

bei p975
Friedrich Möcking,
Polsterer u. Dekorateur,
nur Nordstr. 34.

Mädchen
von 14—16 Jahren für ganze Tage zum 1. April gesucht. p986
Gärtnerei Ernst von der Heide, Lünenerstraße.

Hotel Monopol
Restaurant
Kamen am Bahnhof.



Sonntag:

Künstler-Konzert

—: Neue Hauskapelle. :—

Im Anstich: 992

Pilsener Urquell!

Alles auf nach Südkamen!

Der
Turnverein „Germania" Südkamen
feiert am 27. Februar 1921 seinen

Theater-Abend

im Lokale des Wirts Düfelshöft.
Es gelangt zur Aufführung:
1. **Memento mori.**
2. **Unschuldig.**
3. **Wohnungsnot.**

Nach dem Theater:
Grosser Ball.

Anfang 5 Uhr. Kassenöffnung 4 Uhr.
Es ladet freundlichst ein 968
Der Vorstand.

Kopfschlachter-Vereinigung Kamen.
Sonnabend, den 26. Febr., abends 9 Uhr, im Restaurant Bunghardt:

Versammlung.

969 **Der Obmann.**



Tanzschule
Weddinghofen.

Der schon angekündigte Kursus beginnt am Donnerstag, den 3. März, im Lokale des Herrn Klute. Unterrichtsstunden von 4—6 und 8—10 Uhr. 984

A. Herzog.

Phrenologin!
Handlesekunst.

Um allen Wünschen gerecht zu werden, verlängere ich meine Sprechstunden bis Sonntag abend. 985

Frau Henkenjohann, Bergkamen, Wirt Wellhausen.

Tinten

zu haben in der

Buchhandlung der Kamener Zeitung.